1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 17 vom 26. April 1985 19. Jahrgang 1 DM

Diese Woche

★★★
Versagt

Wen wundert es: Menschliches Versagen sei die Ursache des Heilbronner Pershing-II-Unfalls. So stellte es die — amerikanische — Untersuchungskommission fest. Eine andere Feststellung war ja auch nicht zu erwarten.

Menschliches Versagen — das ist die übliche Floskel, mit der die wahren Verantwortlichen bei Unfällen und ähnlichem in der Regel ihren ausführenden Untergebenen die Schuld zuweisen. Das reicht vom überarbeiteten Lokführer oder LKW-Fahrer eben bis zum amerikanischen GI an seinen Atomraketen.

Die Betroffenen sind dann in der Regel tot, die Schönschreiber haben Hochkonjunktur. Die Abhilfe wird auch getroffen: Künftig sollen nur noch sogenannte Eliteeinheiten zum Dienst an der Rakete zugelassen werden. Das geht ja dann wohl davon aus, daß es sich bei ihnen nicht um Menschen handelt. Versagen ausgeschlossen — so soll die verlogene Botschaft lauten.

★★★
Begräbnis

Unter Umständen kann es das Begräbnis nicht nur eines Mannes sein, das demnächst in Brasilien stattfindet: Mit dem Tod von Tancredo Neves kommt mit Jose Sarney da Costa ein Mann ins Amt des Präsidenten, der nur um vollends die Mehrheit zu haben in die Koalition aufgenommen worden war. Treuer Parteigänger der Militärdiktatur war er bei deren Wanken abgesprungen — jetzt verlauten schon erste Nachrichten, man wolle, um der Ruhe willen angeblich, darauf verzichten, eine neue Verfassung auszuarbeiten. Damit wäre die allseits vom Volke geforderte grundlegende politische Reform zunächst einmal verhindert. Welche Macht Sarney tatsächlich mobilisieren kann, wird sich erst noch erweisen müssen — für die demokratischen Bestrebungen in Brasilien jedenfalls ernste Tage.

„Beschäftigungsförderungsgesetz" vom Bundestag verabschiedet

Heuern und Feuern nach Unternehmerbedarf

„Schwarzer Freitag für Arbeitnehmerrechte"

Am Freitag, 19.4.1985, war es soweit — das seit Monaten in der Debatte stehende „Beschäftigungsförderungsgesetz", besser Entlassungsförderungsgesetz genannt, wurde in namentlicher Abstimmung in 2. und 3. Lesung im Bundestag „durchgepeitscht". So hatte es jedenfalls der DGB-Vorsitzende Breit in einem Brief vom 19.4.1985 an alle Bundestagsabgeordneten genannt, in dem er alle aufrief mit „nein" zu stimmen. Außer diesem recht starken Wort über die Verabschiedung an diesem, für Arbeitnehmerrechte schwarzen Freitag, war allerdings von den Offiziellen des DGB und der Einzelgewerkschaften nichts in Bonn oder anderswo zu sehen.

Zwar hatten der DGB, Einzelgewerkschaften und das WSI (Wirtschaftsinstitut des DGB) in verschiedenen Stellungnahmen (u.a. vor dem Bundestagsausschuß für Arbeit und Soziales) in verschiedenen Zeitschriften des DGB u.a. gegen dieses Vorhaben Stellung genommen, eine massenhafte Aufklärung der Belegschaften hatte allerdings nicht stattgefunden, geschweige denn eine geeignete Mobilisierung zu aktiven Kampfmaßnahmen gegen dieses Gesetz.



Wenn der Abgeordnete Dreßler, SPD, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD, zu Beginn seiner Rede feststellte, „Wir verhandeln heute über einGesetz, dessen wirkliche Bedeutung in der Öffentlichkeit überhaupt noch nicht richtig erkannt worden ist, ... die Arbeitsbeziehungen in der Bundesrepublik Deutschland, die Stellung aller Arbeitnehmer im Arbeitsleben wird in ihrer Substanz verändert" (S. 1, Redemanuskript), so ist ihm sicher zuzustimmen.

Fortsetzung auf Seite 5

Demonstrationen am 4. Mai

BONN:
13.00 Uhr Josefshöhe (Treffpunkt der KPD: Josefshöhe/Pariser Str.) Kundgebung: Münsterplatz

FRANKFURT:
11.00 Uhr Hauptfriedhof, Kundgebung: Paulsplatz

KÖLN:
11.00 Uhr Ebertplatz, Kundgebung: Neumarkt

HAMBURG:
11.00 Uhr Hamburger Str./ Schönfelderstr., Kundgebung: Ohlsdorfer Friedhof

Demonstration am 5. Mai:

8.00 Uhr Basarmarkt, Neustadt-Süd und 12.00 Uhr in der Nähe von HAMBACH

Mai-Aufruf der KPD

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die KPD ruft euch auf: Beteiligt euch zahlreich an den Mai-Kundgebungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Reiht euch ein in das weltumspannende Band der Solidarität der Arbeiter und fortschrittlichen Menschen aller Länder gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für Frieden, Freiheit und Sozialismus.

Zwei Jahre Wenderegierung in Bonn haben die Unternehmergewinne sprunghaft in die Höhe schnellen lassen. Der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen ist dagegen auf den niedrigsten Stand seit den 60er Jahren gesunken.

Der Aufschwung der Profite hat das Millionenheer der Arbeitslosen weiter anwachsen lassen. Offiziell sind rund 2,5 Millionen Arbeitslose registriert. Tatsächlich sind heute schon in der Bundesrepublik und Westberlin knapp 4 Millionen Menschen arbeitslos.

Nach der Salamitaktik betreibt die Bonner Koalition den Abbau der Arbeitslosenversicherung. Nur noch knapp ein Drittel der offiziell registrierten Arbeitslosen bezieht heute noch Arbeitslosengeld.

Die Renten waren noch nie so unsicher.

Die Krankenversicherung wird z.B. durch die Pharmakonzerne in einem Maße geplündert, daß trotz Kürzungen der Leistungen und Beitragserhöhungen ihre Finanzierung völlig ungesichert ist.

Zwei Jahre Wenderegierung haben die Lage der Arbeiterklasse und der ärmeren Bevölkerungsschichten drastisch verschlechtert.

Neue Angriffe auf die Interessen der arbeitenden Menschen werden dadurch vorbereitet, daß die Rechte und die Stellung der Gewerkschaften angegriffen und eingeschränkt werden:

- Die geplante Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes,
- das sogenannte neue Beschäftigungsförderungsgesetz,
- der Regierungsentwurf zum Arbeitszeitgesetz,
- Bestrebungen im Lager der Unternehmer und der Bonner Regierung zur gesetzlichen Beschränkung gewerkschaftlicher Arbeitskampfrechte und zur Aufhebung der Neutralitätspflicht der Bundesanstalt für Arbeit im Sinne des berüchtigten Franke-Erlasses,
- das ständige propagandistische Sperrfeuer aus dem Unternehmerlager und den Bonner Wendeparteien gegen das Tarifvertragssystem und die Tarifautonomie.

Alles das ist Teil der Bestrebung von Kapital und politischer Reaktion, die Macht der Kapitalisten über die Arbeiter und Angestellten zu stärken durch die Schwächung der Gewerkschaften und der betrieblichen Interessenvertretung, durch die Aushöhlung der Schutzrechte der Arbeiter und Angestellten.

Die Politik dieser Regierung war und ist die Politik der wirtschafts- und sozialpolitischen Reaktion. Sie war und ist die Politik des Abbaus demokratischer Rechte, der Diskriminierung und Verdrängung unserer ausländischen Kolleginnen und Kollegen, der Wiederbelebung des Revanchismus, der Begünstigung neonazistischer Umtriebe. Sie war und ist die Politik der Aufrüstung, der Stationierung der amerikanischen Mittelstrkkenraketen, der blinden Gefolgschaft gegenüber Reagans Wahnsinnsstrategie eines gewinnbaren Atomkrieges bis hin zur Vorbereitung des „Kriegs der Sterne".

Die Politik dieser Regierung — das ist die Politik der ausschlaggebenden Kapitalskreise, um die weltweiten Krisenprobleme des Kapitalismus rücksichtslos auf die Arbeiter und Angestellten und die Armen abzuwälzen.

In den Streiks für die 35-Stunden-Woche in der Metall- und Druckindustrie haben wir gegen die Koalition von Kapital und Kabinett, gegen die Hetze der bürgerlichen Meinungsmache gekämpft — und dem ungeheuren Druck standgehalten.

Wir haben in diesem Kampf aber auch erfahren müssen: die Führung der IG Metall suchte nicht den Sieg des Streikkampfes, sondern den Ausgleich mit den Unternehmerorganisationen und der Bonner Regierung.

Seitdem ist erst recht deutlich geworden: schwerwiegendste Angriffe der Bonner Regierung blieben seitens des DGB ohne kämpferische Antwort.

Mit diesem Kurs des Stillhaltens und Zurückweichens muß Schluß gemacht werden. Demonstrieren wir an diesem 1. Mai unsere Geschlossenheit und kämpferische Solidarität gegen Kapital und politische Reaktion!

Machen wir der Wende ein Ende!

Unsere Stärke heißt Solidarität!

Dreggers Anstand und das 3. Reich

Der Brief des CDU-Bundestagsfraktionsvorsitzenden Alfred Dregger an diejenigen 53 US-Senatoren, die Reagans geplanten Besuch auf einem Soldatenfriedhof der Hitler-Wehrmacht kritisierten, hat einige Wellen geschlagen. Nicht genug allerdings. Was Dregger, einer der profilierten CDU-Rechtsaußen da schreibt, ist eine Art Zusammenfassung all dessen, wie die politische Reaktion die Hitler-Diktatur „historisch aufarbeitet".

Vier Argumente sind es im wesentlichen, die Dregger anführt, um seinen Unmut über die US-Senatoren auszudrücken. 1. Er selbst habe am 8. Mai 1945 die schlesische Stadt Marklissa gegen die Angriffe der Roten Armee verteidigt. 2. Sein — anständiger — Bruder sei im Kurlandkessel umgekommen. 3. Handele es sich um einen Verrat an gemeinsamen Idealen, wenn gegen eine Versöhnung durch Erweisen der letzten Ehre protestiert werde und 4. verweist er auf die gemeinsame Geste von Kohl und Mitterand in Verdun und auf seine Freundschaft zu den USA.

Aus diesen vier Argumenten kann zusammen sehr gut dargestellt werden, wie Herr Dregger beispielhaft für die Reaktion, dem vierzigsten Jahrestag der Zerschlagung des deutschen Faschismus einen ganz bestimmten Sinn geben will. Wenn er abschließend davor warnt, es gäbe Kräfte, die den 8. Mai mißbrauchen wollten, so stimmt dies ohne Zweifel — und er selbst steht in der ersten Reihe solcher Kräfte.

Also: Der Hitler-Soldat Dregger hat eine schlesische Stadt gegen die Rote Armee „verteidigt" am 8. Mai 1945. Das will er sich nicht nehmen lassen — das soll er auch behalten. Wenn er begeistert genug war, im Endkampf auch heute noch eine Verteidigung zu sehen (was damals bereits viele Soldaten gezwungenermaßen anders sahen) spricht das nur gegen seine heutige Gesinnung. Daß sein anständiger Bruder und all die anderen anständigen Dregger-Kameraden im Kurlandbecken, in der Ukraine oder vor Stalingrad „umgekommen" sind — das war ja wohl wiederum nur Schuld der bösen Roten Armee, die den anständigen Feldzug der Wehrmacht doch tatsächlich ganz unanständig beantwortete und auf die armen Jungen schoß. Daß Dregger die Teilnehmer am barbarischen Feldzug einer modernen Armee für anständig befindet, das alte Märchen vom ganz „normalen Krieg" unter der Hand auftischt, spricht sowohl gegen seine heutige Gesinnung als auch gegen seinen Mut — ganz soweit, das direkt zu rechtfertigen, was die anständigen Kameraden Dreggers da angerichtet haben, geht er nicht, wagt er nicht. Das dritte Argument schließlich, eine alte Variante der Behauptung, alle hätten gleichermaßen unter Hitler gelitten (sozusagen von seinen Geldgebern aus dem Großkapital über seine Generale bis zum KZ-Opfer) ist weitergedacht nichts anderes als die 40 Jahre lang vorgebrachte Forderung, ja nicht zu schauen, wer für die Hitlerei verantwortlich war, sondern endlich zu versöhnen. Das einzige, was einigermaßen stimmt in diesem Machwerk, ist seine Freundschaftsbeteuerung zu den USA. Die allerdings aus Not zu einer bestimmten Politik in den USA gilt, der Aufrüstung, des Weltgendarmen, des Reaganismus. Sobald da irgendetwas auftaucht, was die gemeinsamen Bestrebungen ankratzen könnte, wie etwa die Kritik der Senatoren dann hat es mit der Freundschaft ein Ende, dann wird Herr Dregger ganz schön barsch.



Dreggers Brief ist ein Dokument jener reaktionären Geschichtsklitterung, die besagt, im Weltkrieg wären nun mal alle Seiten Soldaten gewesen (und die heute wieder stärker als in den letzten Jahren den von Hitler entfachten Weltbrand gerne gegen die Konsequenz daraus, die sogenannte Vertreibung aufgerechnet haben möchte) und heute müsse eben der Schwamm der Barmherzigkeit darüber geworfen werden. Ganz so, wie es die Adenauers, Globkes und Co. schon kurz nach dem Kriege wollten, wie sie damals alles verhinderten, was eine Säuberung vom Nazismus bedeutet hätte. Dazu, zur Propagierung dieser reaktionären Politik mißbraucht Dregger den 8. Mai, dessen Ergebnis ihn wohl bis heute ärgert.

Für eine wirklich demokratischen Staat wäre ein Dregger untragbar...



Gräber auf dem Soldatenfriedhof Bitburg, dem Reiseziel, das Dregger Reagan nochmals so nachdrücklich ans Herz legt — anständige SS-Offiziere liegen da begraben...

Ministerkonferenz in Bonn
WEU-Tagung zum „Krieg der Sterne"

Hauptthema der Ministerkonferenz der sieben WEU-Mitglieder Montag und Dienstag dieser Woche war die Debatte um die Beteiligung am amerikanischen SDI-Programm. Tagungsleiter Genscher erwies sich dabei erneut als Vorkämpfer einer Beteiligung.

Neben den sieben Mitgliedsstaaten meldeten nun auch die Neu-EG-Mitglieder Spanien und Portugal (sowie das per Volksabstimmung verhinderte EG-Mitglied Norwegen) Interesse an einer Beteiligung an der WEU an. Die Wiederbelebung dieser Organisation, deren Vorkämpfer Frankreich und die BRD waren, hat sich also gelohnt.

„Die europäische Säule der NATO" wie sie Genscher bezeichnet (auch als Verteidigung gegen amerikanische Kritiken, hier solle eine Alternative zur NATO aufgebaut werden) hatte zum Hauptthema das amerikanische SDI-„Forschungs"-Programm gemacht. Alle Teilnehmer unterstrichen dabei die Wichtigkeit fortgeschrittener Technik für jegliche künftige Militärpolitik.

Schwergewicht der Debatte war aber, nach ersten Meldungen, keineswegs etwa die Frage „beteiligen oder nicht?" — dies ist für die dort Teilnehmenden überhaupt keine Frage, für eine Beteiligung sind sie sowieso.

Es geht bei dieser Tagung offensichtlich vor allem darum, wie der westeuropäischen, speziell der französischen und bundesdeutschen, Rüstungsindustrie ein „angemessener Anteil" am zu erwartenden Gewinn zu sichern ist — das jüngste Beispiel mit dem amerikanischen Diktat gegenüber dem angeblichen Partner in der Frage des „Freund/Feind-Erkennungssystems" muß da auf alle mobilisierend gewirkt haben.

Wenn in ersten Meldungen über die Tagung verlautete, es gehe auch um eine weitere Entwicklung europäischer Technologie im Verteidigungsbereich, so ist naheliegend, daß die Hauptsache dabei eben die Forderung europäischer Rüstungskonzerne ist, Profit besorgt zu bekommen — und die betreffenden Regierungen eilen sich, das zu tun.

Impressum

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Maschinenbeitrag soll angeblich nichts bringen
Ein bestelltes Gutachten — mit bestellten Ergebnissen

Der Wirtschaftsprofessor Wilhelm Krelle hatte von Bundesarbeitsminister Blüm den Auftrag erhalten, ein Gutachten über die Auswirkungen des sogenannten Maschinenbeitrags für das Ministerium zu erarbeiten. Krelle lieferte sein Gutachten in recht kurzer Frist ab. Sein Ergebnis: Alles was Blüm vorher behauptet hat, sei richtig.

Im wesentlichen führt Krelle exakt jene drei Argumente gegen den in SPD- und DGB-Kreisen diskutierten (und von der SPD-Bundestagsfraktion faktisch abgelehnten) Maschinenbeitrag an.

1. Ein solcher Beitrag werde sich negativ auf die Kapitalbildung auswirken.

2. Ein Sinken der Lohnquote sei langfristig kaum zu erwarten, deshalb entfalle auch das Argument, der Maschinenbeitrag sei auf Dauer eine sichere Einnahmequelle.

3. Würden durch die Erhebung eines solchen Beitrags verschiedene Prinzipien des bestehenden sozialen Sicherungssystems überschritten, wie die Eigenverantwortung, die Beitragsäquivalenz und das Fürsorgeprinzip.

Es sind die beiden selben wirtschaftlichen und dasselbe politische Argument, wie es Blüm bereits in den ersten Auseinandersetzungen benutzt hatte — von daher kann man mit Fug und Recht behaupten, daß es sich nicht nur um ein bestelltes Gutachten handelt, sondern auch um bestellte Ergebnisse.

Was ist zu diesen Argumenten zu sagen? Inwieweit sprechen sie tatsächlich gegen einen Maschinenbeitrag?

Um noch einmal zu rekapitulieren: Der Maschinenbeitrag, das heißt die Aufhebung der sogenannten Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung. An ihre Stelle soll eine Abgabe auf die Wertschöpfung der Betriebe treten — die naturgemäß jene Betriebe am meisten belastet, die am meisten rationalisiert haben, am meisten Arbeiter (und damit Beitragszahler) zugunsten von automatischer Arbeit ersetzt haben.

Der Einwand, dies hätte zu starke negative Auswirkungen auf die Bildung von Realkapital (sprich auf den Profit) ist zum einen sicher ein klassischer Einwand — von Kapitalistenseite. Dies entspricht den gängigen bürgerlichen Thesen, daß Kapitalbildung der einzige Weg sei, aus Krisen usw. herauszukommen. Insofern ist das zunächst einfach eine Stellungnahme, die Ausdruck von Klasseninteressen ist. (Dabei kann man die ganze sozialdemokratische Debatte darüber, ob diese Veränderung aufkommensneutral sein müsse oder nicht, getrost vergessen, die Kapitalisten gehen davon aus, daß, eine solche Veränderung erst einmal eingeführt, einer für sie kostenträchtigen Ausweitung keine Dämme mehr im Wege stehen).

Zum zweiten ist dieser Einwand aber auch nur möglich, wenn von den wirklichen Verhältnissen abstrahiert wird. Denn Tatsache ist, daß gerade in der Regel die Großkonzerne — die am meisten rationalisiert, also auch am meisten Beitragszahler „abgeschafft" haben auch die sind, die am meisten „Realkapitalbildung", sei es in Form von Gewinnen, die ausgezahlt werden oder von neuen Investitionen oder von Spekulationsgeldern gemacht haben.

Was das zweite Argument betrifft, ein Sinken der Lohnquote sei wenig wahrscheinlich (und von daher auch eigentlich gar keine Veränderung nötig — das Interesse solcher Vorschläge sei nur das von Systemveränderern) so widerspricht es sowohl der festgestellten Entwicklung der letzten Zeit, als auch den ausdrücklich geäußerten Absichten der Kapitalisten (und auch der betriebenen Regierungspolitik, die dazu einen wesentlichen Beitrag leistet). Angesichts der heutigen Wirklichkeit wird schnell deutlich, daß dies überhaupt kein wirkliches Argument ist, sondern eine bloße Propagandalüge im Auftrag der Regierung, die davon schon so viele an die Öffentlichkeit gebracht hat.

Was schließlich die politischen-rechtlichen Argumente über die Prinzipien der Sozialversicherung betrifft, so kann man feststellen, daß des Ministers Professor hier endlich zur Sache kommt und Farbe bekennt.

Die von Krelle angeführten Prinzipien sind tatsächlich Prinzipien der Sozialpolitik im Kapitalismus (seit dem sie — gegen den Widerstand des Kapitals — durchgesetzt wurden). Es sind die Prinzipien, die von jeher gegen jegliche Reformbestrebung im sozialen Bereich angeführt wurden und zwar — wenn auch unterschiedlich ausgeprägt und intensiv — von allen bisherigen Bundesregierungen. Die zuerst genannten Prinzipien der Eigenverantwortung und Beitragsäquivalenz — sie waren grundsätzlich für die heute bestehenden Ungerechtigkeiten im ganzen Bereich der Alterssicherung verantwortlich, von der Pension der sogenannten Staatsdiener bis zur Minirente der Arbeiterwitwe. Es sind die Argumente, die stets gegen solche Forderungen wie eine Grundrente usw. angeführt wurden.

In deutlichem Kontrast zur Forderung nach einem Maschinenbeitrag stand die Maßnahme, die gerade in diesen Tagen auf Verlangen des Ministers von den Regierungsparteien im Bundestag verabschiedet wurde — die Erhöhung der Beiträge, schon wieder, jetzt auf immerhin schon 19,2 Prozent. Wenn alles so bleibt wie es ist, und das ist es, was die Regierung — nur auf der Einnahmeseite, versteht sich — haben will, dann bleiben tatsächlich nur immer neue Beitragsanhebungen als Ausweg — ganz im Sinne des Professor Krelle...

ÖTV fordert

Rationalisierungsschutz für den öffentlichen Dienst

Am 22. und 23. April fand in Stuttgart die erste Runde der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst zur Verbesserung des Rationalisierungsschutzes für die 2,24 Millionen Arbeiter und Angestellten bei Bund, Ländern und Gemeinden statt. Die ÖTV fordert: „Wer von Rationalisierung und Einführung neuer Techniken negativ betroffen ist, muß einen gleichwertigen und zumutbaren Arbeitsplatz bei gesichertem Einkommen erhalten". Durch die Einführung neuer Techniken dürften Einkommensverbesserungen nicht blockiert werden. Auch bei Privatisierungen müßten die Beschäftigten vor Schlechterstellungen geschützt werden.

Der 1971 abgeschlossene letzte Rationalisierungsschutzvertrag wurde von der ÖTV bereits 1977 gekündigt. Seitdem fanden neun ergebnislose Treffen statt. Im Februar 1984 wurden die Gespräche ergebnislos abgebrochen, weil die öffentlichen Arbeitgeber jede Verbesserung des Rationalisierungsschutzes ablehnten und die ÖTV zunächst die Arbeitszeitverkürzung in den Vordergrund stellen wollte.

Die öffentlichen Arbeitgeber stellen sich nach wie vor auf den Standpunkt, ein besonderer Rationalisierungsschutz für den öffentlichen Dienst sei nicht notwendig, weil ohnehin niemand entlassen werde. Tatsächlich gibt es auch nach Darstellung der ÖTV bislang „keine ins Gewicht fallende Zahl von Entlassungen". Die ÖTV befürchtet aber, daß in den nächsten Jahren zwischen 350000 und 500000 Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst durch Rationalisierung, Einführung neuer Technik und Privatisierung gefährdet sind.

ÖTV-Tarifexperte Heinrich Schmidt verwies auf eine Studie des Siemens-Konzerns, derzufolge 72 Prozent der Bürotätigkeiten im öffentlichen Dienst „normierbar" seien mit der Folge, daß 40–50 Prozent der Bürobeschäftigten eingespart werden könnten.

Die Gesamttendenz von Automatisierung und Leistungsverdichtung schildert die ÖTV anhand einer Erhebung des Städtetages: während die Zahl der Beamten noch unverändert geblieben sei, teilweise sogar noch ansteige, sei die Zahl der im öffentlichen Dienst beschäftigten Arbeiter und Angestellten in allen Städten rückläufig. Der Stellenabbau betrage bis zu 15,7 Prozent.

Bei dem großen Tempo der Rationalisierung im Verwaltungsbereich werde es immer schwieriger, den betroffenen Kolleginnen und Kollegen gleichwertige Arbeitsplätze anzubieten. Verschlechtertes Einkommen, verschlechterte Arbeitsbedingungen, lange Anfahrtswege sind schon heute die Folgen.

Die Privatisierung von Dienstleistungen im öffentlichen Dienst ist ein weiterer Faktor, der auf die Lage der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst drückt. Oft bleiben die Kolleginnen und Kollegen zwar formal Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, unterliegen aber voll dem Direktonsrecht privater Unternehmer. Das bringt zwar zunächst eine Einkommenssicherung mit sich, ist aber häufig mit extrem gesteigerter Arbeitshetze verbunden. Die ÖTV nennt als Beispiel, daß Müllmänner statt früher 800 Kübel nun die doppelte Anzahl pro Kolonne und Schicht leeren müßten, daß viele Überstunden und Arbeitszeiten von 11 bis 13 Stunden täglich an der Tagesordnung seien.

Nach Angaben der ÖTV sind Reinigungsarbeiten bei Schulen und Verwaltungen inzwischen zu 30 Prozent, bei Krankenhäusern zu 50 Prozent privatisiert. Das Reinigungspersonal der privaten Unternehmer unterläge nicht nur dem „billigeren" Tarif der IG Bau, Steine, Erden, sondern werde auch noch mit drastischen Erhöhungen der Quadratmeterzahl, die pro Person und Schicht gesäubert werden müßten, konfrontiert.

Dieser Entwicklung will die ÖTV nun mit der Forderung nach einem Rationalisierungsschutzvertrag begegnen.

Trafo-Union/Cannstatt

Protest gegen Stillegungspläne



„Stopp dem Arbeitsplatzvernichter Siemens!" — mit dieser Losung protestierten die Kolleginnen und Kollegen von Trafo-Union gegen die seit einem Jahr erklärte Absicht des Siemens-Konzerns, das Werk zu schließen. Die Belegschaft bildete am Dienstag, den 16. April, einen „lebenden Zaun" um das Werk.

Der Siemens-Konzern hält bislang an seiner Schließungsabsicht fest, obwohl die Auslastung des Cannstatter Werkes inzwischen so gestiegen ist, daß die Geschäftsleitung laufend Überstunden fordert und ständig Leiharbeiter einstellt. Der Betriebsrat konnte inzwischen sogar reguläre Neueinstellungen durchsetzen.

Bei Trafo-Union sind einige Millionen Mark Verlust angelaufen. Zum Vergleich: der Siemens-Konzern verfügt über flüssige Mittel in Höhe von 19,5 Milliarden DM.

Manteltarif/Einzelhandel

Warnstreiks in Kaufhäusern

Trotz der zentralen Vereinbarung zwischen HBV und DAG einerseits und der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels andererseits über die Einführung der 38,5-Stunden-Woche ab 1. Januar 1986 kamen es außer in Westberlin noch in keinem anderen Tarifbezirk zu Abschlüssen.

In Nordrhein-Westfalen erklärten die Einzelhandelsverbandsfunktionäre ausdrücklich, daß die zentrale Vereinbarung nicht bindend sei. Als besonders schwieriger Tarifbezirk gilt Niedersachsen, wo schon seit Jahren kein Manteltarifvertrag mehr existiert.

Offensichtlich wollen in verschiedenen Tarifbezirken die Einzelhandelsunternehmen die Forderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit trotz der zentralen Vereinbarung abblocken.

Dagegen hat die HBV erklärt, sie würde nur ein Gesamtpaket — mehr Geld und Arbeitszeitverkürzung akzeptieren. Weiter erklärte die HBV, der Westberliner Abschluß (38,5 Stunden ab 1.1.86, 2,5 Prozent mehr Einkommen ab 1. Juli 85 und zusätzlich 2,1 Prozent ab 1. Juli 1986) werde zwar nicht ohne Einfluß sein. Vor allem für 1986 aber strebe man ein besseres Ergebnis an.

In Frankfurter Kaufhäusern kam es zu den ersten Warnstreiks, um die 38,5-Stunden-Woche im Einzelhandel durchzusetzen.

LAG/Hamm

„Mahnminuten im Betrieb unzulässig"

Am 5. Oktober 1983 rief der DGB im Zusammenhang mit dem Protest gegen den Nachrüstungsbeschluß zu „Fünf Mahnminuten für den Frieden" auf. Wie in zahlreichen anderen Betrieben auch, stellte sich die Geschäftsleitung einer ostwestfälischen Glasfabrik auf den Standpunkt, diese Aktion sei rechtlich nicht zulässig. Der Betriebsratsvorsitzende und 20 Kolleginnen und Kollegen, die dem DGB-Aufruf gefolgt waren, erhielten eine schriftliche Abmahnung mit der Androhung arbeitsrechtlicher Konsequenzen im Wiederholungsfall. Dagegen hatte der Betriebsratsvorsitzende geklagt.

Das Landesarbeitsgericht Hamm hat die Maßregelung dagegen bestätigt. Nach Auffassung des LAGs hat sich, wer im Betrieb dem DGB-Aufruf gefolgt ist, rechtlich gesehen einer „objektiv unzulässigen, politisch motivierten Arbeitsniederlegung schuldig" gemacht, auch wenn das „Eintreten für den Frieden noch so anerkennenswert" sei. So die Urteilsbegründung des LAG Hamm.

Das Verbot politischer Streiks würde damit selbst auf mehr symbolische Protestaktionen ausgedehnt. Das LAG Hamm, für seine besonders reaktionären Urteile bekannt, will offensichtlich eine weitere Beschränkung des Streikrechts anbahnen. Da es immerhin Revision zugelassen hat, wird die Frage wohl vor dem Bundesarbeitsgericht in Kassel endgültig entschieden werden.

Europa-Carton

94 Prozent für Kampf

Rund 94 Prozent der Beschäftigten des Papierverarbeitungskonzerns Europa Carton (ECA) haben sich in den Werken München, Kriftel und Königsbrunn in einer von der IG Druck & Papier organisierten Urabstimmung für Kampfmaßnahmen gegen die Absicht des Konzerns ausgesprochen, vom Unternehmensverband Druck zur papierverarbeitenden Industrie zu wechseln.

In der Papierverarbeitung sind die tariflichen Bedingungen für die Beschäftigten sehr viel schlechter.

Im Werk Bremen des ECA-Konzerns hat eine Mitgliederbefragung ergeben, daß 96 Prozent für Kampfmaßnahmen sind.

Zum ECA-Konzern gehört auch die Firma Dern-Druck in Neu-Isenburg. Dort ist es bereits mehrfach zu Warnstreiks gekommen. Wie der „Rote Morgen" berichtete, kam es bei einem Warnstreik zu einem brutalen Polizeieinsatz gegen die Streikenden.

BMW läßt gegen Peter Vollmer „streiken"

Aus einer Pressemitteilung der Solidaritätskomitees für die entlassenen BMW-Gewerkschafter

Im Fall von Peter Vollmer, dem ein sofort vollstreckbarer Anspruch auf Weiterbeschäftigung zugesprochen worden war, hat BMW erneut eine Beurlaubung verfügt. Schon im März war Vollmer mitgeteilt worden, er werde zwar „unter Vorbehalt" weiterbeschäftigt, müsse aber zunächst seinen Urlaub aus 1984 nehmen. Als dieser Urlaub am 17. April zu Ende war und Vollmer zur Arbeitsaufnahme erschien, wurde er drei Stunden lang im Personalbüro festgehalten. Dann teilte man ihm mit, er sei erneut unter Weiterzahlung seines Lohns für eine Woche beurlaubt. Begründung: Es bestehe „Streikgefahr" im Werk. Schon in der vergangenen Woche habe es eine spontane Streikaktion gegen Vollmers Rückkehr gegeben; außerdem sei die Unruhe im Betrieb durch Flugblätter des Solidaritätskomitees — die wiederum Vollmer zugerechnet wurden — erheblich angestiegen; der Betriebsfrieden sei also derart gestört, daß BMW Vollmer nicht ins Werk lassen könne.

Vollmers erneute Beurlaubung endet am 24.4. um 5.45 Uhr, einen Tag, nachdem eine Betriebsversammlung stattfinden soll, an der Peter Vollmer sonst würde teilnehmen können.

Vollmer will seine Teilnahme an dieser Versammlung notfalls mit gerichtlichen Schritten erzwingen und zugleich das Wiederaufleben der Zwangsvollstreckung gegen die Nichtbeschäftigung erwirken.

Die genannte Streikaktion gegen Vollmers Rückkehr wurde von BMW auch der Presse mitgeteilt. Im Spandauer „Volksblatt" erschien daraufhin eine Meldung, in der von einem einstündigen „Spontanstreik" berichtet wurde. Nach Auskünften von BMW-Arbeitern stimmte an dieser Meldung so gut wie nichts: Es waren nicht 100, sondern etwa 30 Beschäftigte, die sich zu dieser Aktion versammelten, und zwar überwiegend Einrichter, Vorarbeiter und Meister sowie Werkzeugmacher aus der Abeilung, in der der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende aus der „Mannschaft der Vernunft" Meister ist. Kaum ein Akkordarbeiter war dabei, auch keiner, der mit Peter Vollmer zusammengearbeitet hat. Es war keine spontane, sondern eine von Betriebsräten der „Mannschaft der Vernunft" vorbereitete Aktion. Schon am Tag zuvor wurde das Gerücht ausgestreut, Vollmer solle am nächsten Tag wieder ins Werk kommen. Ein freigestellter Betriebsrat aus der „Mannschaft der Vernunft" führte bei der Aktion das Wort und verbreitete, BMW werde 300 Arbeitsplätze nach Westdeutschland verlagern, wenn Vollmer wieder ins Werk käme. Die Versammlung dauerte nicht eine, sondern eine halbe Stunde. Es war auch kein Streik, denn die Aktion wurde von der Werksleitung gefördert. Die Teilnehmer durften sich vorher bei ihren Vorgesetzten abmelden; von Lohnabzügen oder Drohungen mit Sanktionen war nichts bekannt. Der stellvertretende Personalchef schickte die „Streikenden" am Ende wieder an die Arbeit mit der Andeutung, die Werksleitung werde sich um das Anliegen kümmern.

Der Fall BMW in Panorama

Der Fall BMW hat nun ach das Interesse der „Panorama"-Redaktion gefunden. Geplanter Sendetermin ist Dienstag, 30. April ab 21.00 Uhr im ARD.

„Beschäftigungsförderungsgesetz" vom Bundestag verabschiedet!

Fortsetzung von Seite 1

Gleichzeitig ist aber festzustellen, daß einen wichtigen Teil der Verantwortung dafür nicht zuletzt Dreßlers Parteigenossen in den Führungsetagen des DGB und der Einzelgewerkschaften sowie die führenden Betriebsräte in den Betrieben tragen. Bei den Führungen des DGB und der Einzelgewerkschaften war außer radikalen Sprüchen nichts zu hören — eher hatte man den Eindruck, daß im Rahmen eines „Stillhalteabkommens" mit der Wenderegierung auf jegliche tatsächliche Mobilisierung gegen dieses Vorhaben verzichtet wurde.

In den Betrieben liegen die Verhältnisse zum Teil noch deutlicher — so machen viele Betriebsratsgremien, insbesondere der Großindustrie, das, was jetzt noch ausgeweitet werden soll — Leiharbeit und befristete Arbeitsverträge mit, ohne gegen dieses Vorgehen der Unternehmer aufzutreten. Widerstand gegen dieses Gesetz? Weit gefehlt — z. B. bei Hoesch in Dortmund. Der Antrag des RGO-Betriebsrats Siemon, daß der am Donnerstag vor der Verabschiedung des Gesetzes tagende Konzernbetriebsrat von Hoesch ein Protesttelegramm an Blüm und den Bundestag schicken sollte, erreichte den Konzernbetriebsrat „leider" erst, als dieser schon beim Essen war — außerdem wäre der Antrag sowieso nicht positiv beschieden worden, da ja „DGB und IGM schon protestiert haben", so ein führendes Konzernbetriebsratsmitglied.

Was sind nun die Kernbestimmungen des neuen Gesetzes?

Vorweggeschickt werden muß, daß uns zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Artikels der endgültige Text noch nicht vorlag, da er erst kurz vorher an die Abgeordneten gegangen war. Wir stützen uns im folgenden auf a) den Entwurf, wie er im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung im Januar 85 behandelt wurde und b) auf die Pressemitteilungen des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung und die Reden der Bundestagsdebatte, jeweils vom 19.4.85.

1. Provokation ist schon der Termin, zu dem das Ganze, das mehr als 10 Einzelvorhaben umfaßt, in Kraft treten soll — am 1. Mai 1985.

2. Gegenüber dem Entwurf vom Januar wurde die Möglichkeit der Vereinbarung von befristeten Arbeitsverträgen, ohne sachlichen Grund, erneut verschärft. Mit **jedem** Arbeitnehmer/Arbeitnehmerin kann ab dem 1.5.85 ein bis zu 1 1/2 Jahren befristeter Arbeitsvertrag abgeschlossen werden. Außerdem mit jedem der aus der Ausbildung kommt. Bei Betrieben mit bis zu 20 Arbeitnehmern kann die Laufzeit sogar zwei Jahre betragen.



Die Möglichkeiten der Beitriebs-/Personalräte, wenn abhängig Beschäftigten gekündigt werden soll (Widerspruch etc.) sind damit für diesen Personenkreis hinfällig, das Arbeitsverhältnis endet einfach.

3. Bezüglich der Teilzeitarbeit werden zwei besondere Formen legalisiert. Einmal die sogenannte KAPOVAZ (Kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit). Konkret: Der Gesetzentwurf erlaubt es, daß Arbeitnehmer, deren Arbeitszeit und Arbeitsdauer variabel an die Kapazität angepaßt ist, vier Tage vorher bestellt werden können, sie müssen dann für mindestens drei Stunden beschäftigt werden. Wie oft, wieviel sie mindestens verdienen können müssen — all dies ist nicht vorgeschrieben. Also theoretisch ist ein Abruf einmal im Jahr für drei Stunden möglich. Zum zweiten wird legalisiert, daß durch Einzelvertrag beim sogenannten Job-sharing die Beteiligten untereinander ihre gegenseitige Vertretung bei Krankheit, Urlaub etc. vereinbaren, womit ein eindeutiges Unternehmerrisiko auf die abhängig Beschäftigten abgeschoben wird.

4. Änderung der Sozialplanregelungen. Hier sind zwei Punkte wichtig: einmal die Erhöhung der Quoten, ab denen der Betriebsrat ein erzwingbares Mitbestimmungsrecht für den Abschluß eines Sozialplanes hat, zum zweiten die Bestimmung, daß Versetzungsangebote innerhalb des Konzerns, die abgelehnt werden, den Wegfall der Sozialplanleistungen zur Folge haben. Bei Großkonzernen also eine billige Art, Belegschaften abzubauen, indem man z.B. Beschäftigten aus Norddeutschland oder Berlin „anbietet", in den bayrischen Wald zu ziehen — natürlich ohne Beschäftigungsgarantien usw.

Welche Folgen wird dies Gesetz zeitigen?

Dazu ist zuerst festzustellen, daß einige Bestimmungen dieses Gesetzes bis 1990 befristet sind. Wobei davon ausgegangen werden kann, daß bei einer Bestätigung der Wenderegierung 1987 eine Verlängerung zu erwarten ist.

Festzustellen ist weiterhin, daß pro Jahr rund 5 Millionen Arbeitsverträge neu geschlossen werden — bei rund 22 Millionen abhängig Beschäftigten insgesamt. Zwar lassen sich jetzt noch keine Aussagen mit Sicherheit treffen, wie viele davon in Zukunft nur noch befristet abgeschlossen werden. Aber schon heute ist der Anteil der Stellen, die nur befristet angeboten werden, an allen angebotenen Stellen rund 40 Prozent, also knapp die Hälfte. Die Öffnung der rechtlichen Möglichkeiten wird mit Sicherheit zu einer Erhöhung dieser Quote führen, so daß die Vorhersage, daß zumindest die Hälfte der neuen Verträge nur noch zeitlich befristet abgeschlossen werden, sicher nicht überhöht ist.

Betroffen davon werden in erster Linie Frauen sein.

Als ein Grund dabei ist die schon heute „unstetigere" Beschäftigung von Frauen zu nennen, sowie ihre Konzentration auf besondere Branchen bzw. Berufe. „Unstetigere Beschäftigung" meint den Fakt, daß Frauen häufiger ihre Berufstätigkeit unterbrechen — in erster Linie wegen des Nachwuchses. So ist die durchschnittliche Unternehmenszugehörigkeit von Frauen auch viel niedriger als die von Männern. Bei den Frauen liegt sie nach einer 1984 veröffentlichten Untersuchung bei knapp fünf Jahren, bei Männern bei knapp neun Jahren. Über 60 Prozent aller Frauen sind unter vier Jahren in einem Unternehmen, bei den Männern hingegen 55 Prozent über fünf Jahre!

Bezüglich der Branchen handelt es sich bei den „typischen" Frauenbranchen um besonders konjunktur- und konsumanfällige Branchen; bei den Berufen sind es schwerpunktmäßig solche im Dienstleistungs- und Bürobereich, deren Rationalisierungspotentiale in den nächsten Jahren verschärft angegangen werden — jedenfalls nach dem Bestreben der Unternehmer.

Die zweite große Gruppe, die von diesen Regelungen betroffen sein wird, sind die Auszubildenden, also die Jugendlichen.

Schließlich sind alle in den Betrieben betroffen, die „in wirtschaftliche Schwierigkeiten" kommen, wo es zu Massenentlassungen kommt. Generelles Problem wird sein, daß eine weitere Aufspaltung der Belegschaften gefördert wird — in Stammbelegschaften und unständig Beschäftigte, was auch unter dem Gesichtspunkt der gewerkschaftlichen Organisierung dieser Teile der Arbeiterklasse enorme Probleme aufwirft.

In welchem Zusammenhang steht dies Gesetz?

Wichtig für eine umfassende Einschätzung dieses Gesetzes, deren Absegnung durch den Bundesrat am Freitag dieser Woche (26.4.) wohl keine Probleme für die Wenderegierung aufwirft, ist der Zusammenhang mit einigen anderen Gesetzesvorhaben, die auf eine Schwächung der einheitlichen, kollektiven Vertretung der abhängig Beschäftigten bzw. den weiteren Abbau von Elementen der „sozialen Partnerschaft" und des „sozialen Friedens" hinauslaufen. Dazu zählen:

- Das schon seit dem 1.3.85 gültige Gesetz über den Sozialplan im Konkurs- bzw. Vergleichsverfahren, das ebenfalls die Sozialpläne einschränkte.
- Die geplanten Sprecherausschüsse für Leitende Angestellte.
- Die geplante Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes.
- Die geplante Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes im § 116 (Neutralitätspflicht).
- Die geplante neue Arbeitszeitordnung, die die 48-Stunden-Woche festschreibt, weitere Öffnungen für Samstags- und Sonntagsarbeit vorsieht.
- Die Verfassungsbeschwerde der Unternehmer gegen die positiven Entscheidungen der Arbeitsgerichte bezüglich der „Neuen Beweglichkeit".
- Die Klagen der Unternehmer, die das Ziel haben, das Aussperrungsverbot der hessischen Landesverfassung außer Kraft zu setzen.

Diese Aufzählung macht deutlich, wie Wenderegierung und Finanzkapital auch konkret an die Schwächung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gehen. Die im „Roten Morgen" schon beleuchtete Offensive der FDP und zur Zeit von Teilen der CDU gegen das Tarifvertragssystem als solches, ergänzen das Bild.

Widerstand im Bundestag

Trotz nichtvorhandenen offiziellen Aktivitäten des DGB wurde im Bundestag am 19.4. doch zumindest gewisser Widerstand deutlich.

Einmal in den Reden der SPD bzw. des Grünen Abgeordneten, wovon wir Ausschnitte nebenstehend dokumentieren.

Zum anderen durch einige Betriebsräte und Gewerkschafter, die auf der Tribüne für Besucher während der Debatte ein Transparent mit dem Text „Beschäftigungsförderungsgesetz = Entlassungsförderungsgesetz" entfalteten. Der Bundestagspräsident Jenninger sah sich veranlaßt, die Saaldiener aufzufordern „diese Störung zu unterbinden", was den Saaldienern leider auch recht schnell gelang.

Einer der Teilnehmer an dieser Aktion, der Hoesch-Betriebsrat Hartmut Siemon, gab am selben Tag dem WDR noch ein Interview zu der Protestaktion, das wir nebenstehend abdrucken. Die Teilnehmer an dieser Aktion haben sicher mit Strafverfahren nach § 106 b — Störung einer parlamentarischen Körperschaft bei ihrer Arbeit — zu rechnen. Wir werden darüber im Fall eines Falles berichten.

„Entlassungsförderungsgesetz"

In einem Interview mit dem WDR erklärte Hoesch-Betriebsrat Hartmut Siemon (KPD) u. a.:

WDR: Herr Siemon, wir sind hier in Bonn. Sie sind da, weil heute der Bundestag, wie wir gehört haben, in zweiter und dritter Lesung das Beschäftigungsförderungsgesetz der Bundesregierung berät und dagegen wollen sie demonstrieren, protestieren.

Hartmut Siemon: Richtig. Das haben wir auch gerade schon gemacht. Ich bin gerade aus dem Bundestag herausgekommen von der Besuchertribüne, und eine Reihe von Kollegen, die mit hierher nach Bonn gefahren sind, haben einen Namen gefunden, der besser ist als Beschäftigungsförderungsgesetz, nämlich Entlassungsförderungsgesetz, weil die Inhalte dieses Gesetzes in Zukunft es den Unternehmern noch mehr erleichtern werden, Entlassungen einfach und ruckzuck durchzuführen.

WDR: Nun sagt die Bundesregierung und dies ist wohl auch heute Morgen im Bundestag von den Vertretern der Koalition, CDU, CSU und FDP deutlich geworden: Dieses Gesetz diene nun mal dazu, daß mehr Menschen als bisher wieder einen Arbeitsplatz finden und da müsse man eben auch solche Regelungen in Kauf nehmen. Was halten Sie dagegen?

H. S.: (...) Wir haben in den verschiedenen Betriebsratsgremien und Personalratsgremien in den letzten Jahren gesehen, daß die Unternehmer trotz höherer Gewinne und angeblicher Einschränkungen massiv Arbeitsplätze wegrationalisiert haben und ich denke, daß anstatt einer weiteren Aushöhlung von Arbeitnehmerrechten, eines weiteren Abbaus von Personalrats- und Betriebsratsrechten notwendig wäre eine Ausweitung der Rechte der Betriebsräte, daß sie tatsächlich effektiv Personalabbau verhindern können und nicht nur noch über einen Sozialplan mitzureden haben. Zweitens denke ich, daß endlich eine Neufassung der Arbeitszeitordnung notwendig wäre um die mögliche Wochenarbeitszeit einzuschränken auf die tariflich festgelegten 40 Stunden und nicht, wie Blüm es zum Beispiel in einem anderen Gesetz vorhat, auf 48 Stunden nach wie vor festzuschreiben. Drittens denke ich, daß der Arbeitskampf, der im Jahr 84 im Grunde genommen nur seinen Auftakt gefunden hat, hin zur 35-Stunden-Woche ein weiteres Instrument ist, um tatsächlich mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Einen vierten Punkt darf ich vielleicht noch kurz sagen: notwendig scheint mir auch eine gesetzliche Regelung zur Einschränkung von Überstunden.

Eine andere Republik?

Für die SPD-Fraktion sagte in der Bundestagsdebatte der Abgeordnete Rudolf Dreßler unter anderem:

„Wir verhandeln hier über ein Gesetz, dessen wirkliche Bedeutung in der Öffentlichkeit überhaupt noch nicht richtig erkannt worden ist, den meisten wird es so erscheinen, als ob wieder einmal die eine oder andere gesetzliche Regelung verändert wird, und ob es etwas hilft, kann man glauben oder auch nicht.

Meine Damen und Herren, bei diesem Gesetz geht es um sehr viel mehr: die Arbeitsbeziehungen in der Bundesrepublik Deutschland, die Stellung aller Arbeitnehmer im Arbeitsleben wird in ihrer Substanz verändert!

Wenn dieses Gesetz Wirklichkeit wird, dann haben wir für die arbeitenden Menschen, deren einzige Einkommensquelle die bezahlte Arbeit ist, in wenigen Jahren eine ganz andere Republik! (...)

Ihre Pressekonferenz im Herbst diesen Jahres kann ich Ihnen schon heute diktieren.

Bis dahin werden die Neueinstellungen erfolgen, die durch die Verkürzung der Arbeitszeit nötig geworden sind. Und wir wissen schon heute, daß dies zehntausende sein werden: Genau diese Neueinstellungen, die nur befristete Neueinstellungen sein können statt Dauerarbeitsplätze, werden sie dann als Erfolg ihres sogenannten Beschäftigungsförderungsgesetzes verkaufen. (...)"

„Unternehmerförderungsgesetz"

Für die GRÜNEN sagte Udo Tischer in der Bundestagsdebatte u. a.:

„Erlauben Sie mir bitte, wenn ich zu Beginn meiner Rede zunächst die Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen, sowie die Betriebsräte von Ford, Mannesmann, Hoesch und Kaufhof auf der Besuchertribüne begrüße, die eigens als Betroffene dieses Gesetzesvorhabens die Debatte heute mitverfolgen. (...)

Der Trend dieses Unternehmerförderungsgesetzes, wie ich es lieber nenne, zielt eindeutig und unverkennbar auf die Beschneidung der Arbeitnehmerrechte, wie es sich die Herren Lambsdorff und Haussmann vorstellen. Es ist eine Zumutung für die Beschäftigten, wenn sie mitanhören müssen, wie Lambsdorf und Haussmann davon reden, zukünftig auch untertarifliche Löhne zulassen zu wollen, während Diäten in Parlamenten kräftig angehoben werden und Flicksche Gelder in die Taschen verschiedener Vertreter solcher Thesen fließen. Wen mag es da auch noch wundern, daß gerade diese teilweise von Unternehmern finanzierte Koalitionsparteien das Betriebsverfassungsgesetz so verändern wollen, daß per Vetorecht gelbe, unternehmerfreundliche Splittergewerkschaften wie z. B. der CDU-nahe CMV solche Rechte eingeräumt bekommen, daß sie letztendlich Mehrheitsbeschlüsse von Betriebsratsgremien blockieren können und zum Schaden betroffener Arbeitnehmer werden." (...)

Reiseberichte aus England

„Wir werden siegen!"

„Ich habe meine Arbeit verloren, weil ich für Arbeitsplätze kämpfe. Meine Chance, einen neuen Job zu bekommen, sind gleich null. Trotzdem, ich würde noch einmal ein Jahr streiken. Ich bereue nichts."

Als Cliff Flower bei einem Unfall in der Zeche Askeren in Yorkshire seinen linken Zeigefinger verlor, mußte er seine Koffer packen. 24 Jahre arbeitete Cliff im Bergbau, bis das Management der Zeche den aktiven Gewerkschafter ohne Kündigungsfrist auf die Straße setzte. Eine finanzielle Abfindung hat Cliff bisher nicht bekommen.

Cliff muß sein Schicksal mit 760 Bergleuten teilen, die vor den Toren der Zechen zurückbleiben mußten, als die Arbeit im Februar dieses Jahres wieder aufgenommen wurde.

„Die Leute sind entlassen worden, weil sie gewalttätig waren. Wir wollen nicht, daß sie weiter im Bergbau arbeiten." (Albert Wheeler, Direktor der schottischen NCB im Guardian am 14.3.85) Gewalttätig waren die 310 Bergleute sicher nicht, die während des Streiks ihren Job verloren, weil sie im Winter auf den Abraumhalden der Zechen nach Kohle zum Heizen gruben.

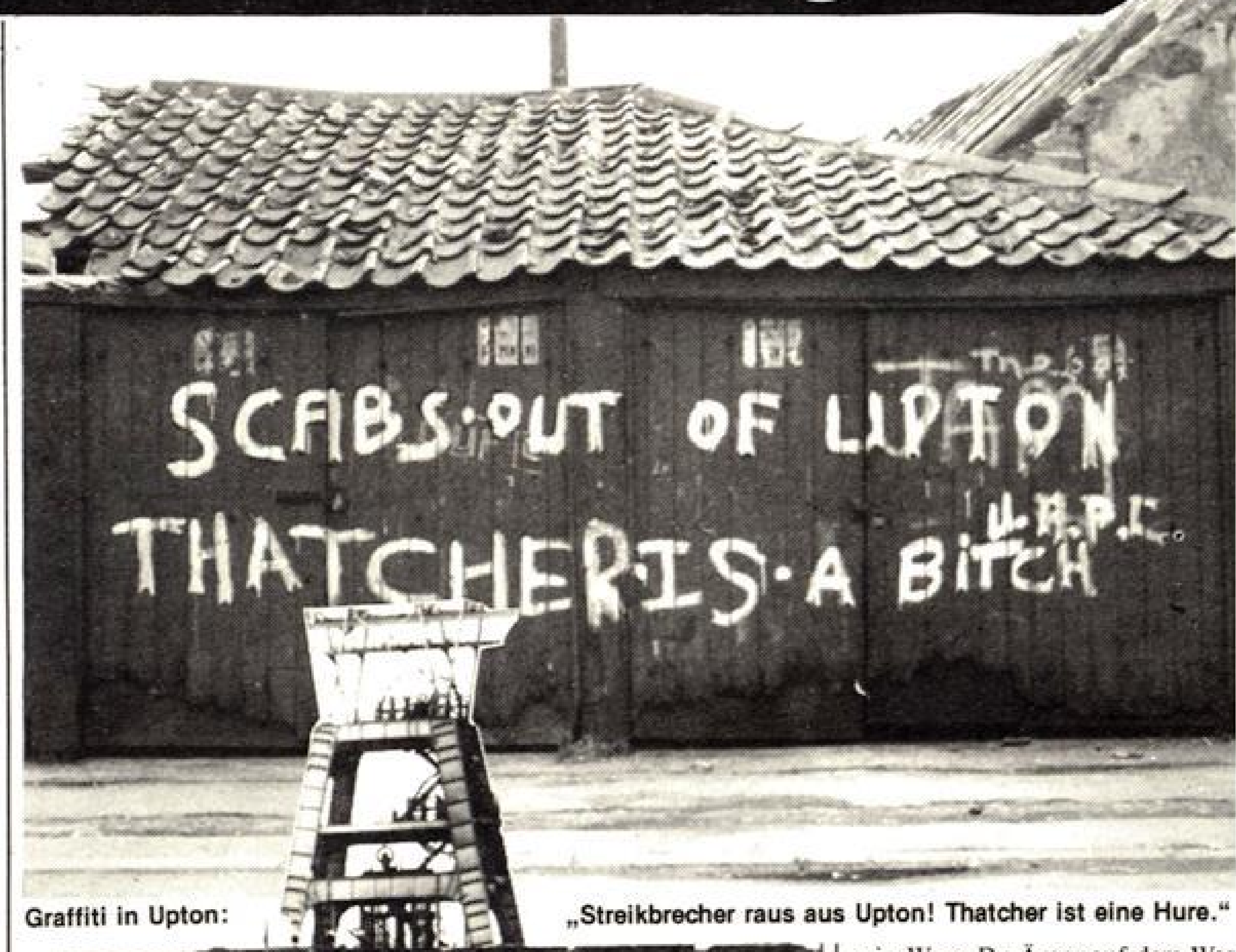
Kalte Füße bekamen auch 246 Streikposten: Auch sie mußten ihren Kampf für den Erhalt der Arbeitsplätze im Bergbau mit dem Job bezahlen. Weitere 208 Bergleute wurden unter dem Vorwand, das Eigentum der staatlichen Kohlebehörde NCB beschädigt zu haben, auf die Straße gesetzt. Von den insgesamt 760 entlassenen Bergleuten wurden erst 78 wieder eingestellt.

Die Betriebsleitung der Zeche Silverwood nahm den Streik zum Anlaß, unbequeme Bergleute loszuwerden. Derek Law, Manager der Zeche äußerte sich am 1.3.85 in der Financial Times: „Wir haben eine Clique von etwa 30 bis 40 militanten Bergleuten und dies ist die ideale Gelegenheit, diese auszusortieren."

Die Bergarbeitergewerkschaft NUM (National Union of Mineworkers) sichtlich geschwächt durch den Streik, steht der Willkür des Staates ratlos gegenüber; politische Maßnahmen sind noch nicht getroffen worden. Der Vorschlag der Gewerkschaft, einen Fonds zur Unterstützung der entlassenen Kollegen einzurichten, in den jeder Bergmann etwa zwei Mark wöchentlich zahlen soll, wurde in einer Urabstimmung abgelehnt. Nigel Hodgson ist einer von 29 Männern, die aufgrund ihres „wirkungvollen Vorgehens" gegen den Streikbrecher Michael Fletcher von der Betriebsleitung der Zeche Fryston gefeuert wurden. Nach 25 Wochen Untersuchungshaft meint Nigel, daß die entlassenen Bergleute das Recht haben mehr zu fordern als Almosen: „Wir wollen keine Almosen von den Kollegen. Die Gewerkschaft hat genug Geld bekommen — es sollte dazu verwendet werden, uns die vollen Gehälter, einschließlich Zuschlägen und Kohlezuteilungen zu zahlen. Aber am liebsten wollen wir unsere Arbeit zurück."

Auch Scargills Zusicherung, eine zukünftige Labour-Regierung werde die entlassenen Bergleute wieder einstellen, erweckt unter den Bergarbeitern eher Unsicherheit als neue Hoffnungen.

„Bis die versprochene Amnestie eintrifft, sind wahrscheinlich die meisten von uns zu alt fürs Bergwerk", so ein entlassener Bergmann. „Der Polizeiinspektor sagte mir: Wenn Du Ärger auf dem Weg ins Präsidium machst, haben meine Jungs die Anweisung, Dir die Fresse einzuschlagen."



Graffiti in Upton: „Streikbrecher raus aus Upton! Thatcher ist eine Hure."



„Wählt Scargill!"



Demonstration in Sheffield: „Arbeit statt Knast!"

Ähnlich wie Mick erging es etwa 10000 Bergleuten, die während des Streiks festgenommen wurden. 148 Bergleute sitzen noch immer hinter Gittern. „Sie sind die Opfer des internationalen Klassenkampfes", so ein Mitglied der Revolutionären Kommunistischen Partei (RCP). Mrs. Thatcher führte den „Klassenkampf von oben" mit einer unnachgiebigen Härte. Die aus dem 13. Stockwerk des Londoner Scotland-Yard-Gebäudes losgeschickten Polizeitruppen entwickelten sich zum Trauma der Gewerkschafter. 416 23köpfige Unterstützungskommandos versetzten die streikenden Bergleute und ihre Familien in Angst und Schrecken. Carol Law, Frau eines Bergarbeiters in Upton, erzählt: „Vor einigen Monaten gingen wir Frauen auf die Streikposten vor der Zeche Calverton in Notts, wo einige Streikbrecher arbeiten. Wir waren über 150 Frauen. Als wir vor dem Werkstor ankamen, warteten dort bereits ein Dutzend Polizisten. Nach etwa 15 Minuten waren es hundert Polizisten. Einer sagte zu seinen Kollegen: „Behandelt sie wie Männer". Als die Streikbrecher kamen, um zu arbeiten, forderten wir sie auf, nach Hause zu gehen. Das war der Anlaß für die Polizei einzugreifen. Sie kreisten uns ein und schlugen uns zusammen. Kannst Du Dir das Vorstellen: 150 Frauen wurden zusammengeschlagen! Es war ein Alptraum. Zwei Frauen hatte die Polizei so zugerichtet, daß sie im Krankenhaus behandelt werden mußten. 12 Frauen wurden festgenommen, weil sie versuchten, den Kreis zu brechen."

An der Zeche Rossington bei Doncaster wurden im Juli letzten Jahres 3000 Polizisten mit Tränengas und Plastikgeschossen gegen 47 Streikposten eingesetzt. Ein Streikposten erlitt schwere innere Verletzungen. Der Kommentar eines Polizisten: „Hoffentlich stirbt er!"

Seit Februar dieses Jahres haben auch die 1450 Bergleute der Zeche Rossington ihre Arbeit wieder aufgenommen. Doch seit Beginn des Steiks im März 1984 ist hier noch keine Kohle gefördert worden.

Ein stilliegendes Bergwerk bedarf ständiger Wartung. Die Wasserpumpen müssen weiterlaufen, um Überschwemmungen zu verhindern. Gase müssen abgesaugt werden, um Explosionen zu vermeiden, eingefallene unterirdische Gänge müssen neu abgestützt werden. Während einer Arbeitsniederlegung läßt die Gewerkschaft üblicherweise derartige Arbeiten zu. Doch diesmal wurde selbst die Instandhaltung der Gruben zum Kampfmittel. Die Instandsetzungsarbeiten dauern in Rossington, wie in vielen anderen Zechen, viele Monate. In Rossington ist erst in einem Jahr die volle Kohleproduktion möglich.

Erst wenn wieder Kohle ans Tageslicht befördert wird, bekommen die Bergleute ihre Kohlezuteilungen. Da das Gehalt knapp ist, sind viele Bergleute gezwungen, auf alten Abraumhalden nach Kohle zu graben. Mit Spitzhacken durchstoßen sie den steinigen Untergrund. Große Kohleklumpen werden mit den Händen aussortiert. Der Rest wird solange auf Rüttelsieben durchgeschüttelt, bis nur noch fingernagelgroße Kohlesplitter übrigbleiben. Die Arbeit ist hart, die Erträge sind gering. Ein 14jähriger Junge aus Upton erstickte als sein selbstgegrabener Stollen einstürzte.

Margaret Thatcher hat aus der Niederlage von 1974, als die konservative Heath-Regierung die Bühne verlassen mußte, nachdem ihr die Kumpel das Licht ausgedreht hatten, gelernt.

Der entscheidende Angriff auf die letzte machtvolle quasi-syndikalistische Gewerkschaft war gut vorbereitet. Bereits acht Wochen vor dem Streik orderte die „eiserne Lady" acht australische Kohleschiffe in den Hafen von Portsmouth. 75 Millionen Tonnen Kohle statt wie bisher 34 Millionen ließ sie beiseite legen, um nicht in Zugzwang zu geraten. Die Kraftwerke wurden auf duale Feuerung eingestellt und vier Atomkraftwerke warteten darauf ans Netz zu gehen. Als alle ökonomischen Vorbereitungen getroffen waren, um Versorgungsengpässe zu verwinden, und die mobilen Polizeikommandos zur Verteidigung von Recht und Ordnung in den Startlöchern standen, teilte die Regierung dem Vorstand der NUM im März letzten Jahres mit, daß im Rahmen des Programms '84 20 Zechen stillgelegt und 20000 Arbeitsplätze abgebaut werden müßten. Die Regierung ließ es auf eine Kraftprobe mit der englischen Gewerkschaftsbewegung ankommen. Ein Generalstreik wäre die angemessene Verteidigung auf den rigorosen Angriff gegen die Rechte der Werktätigen gewesen. Doch die Niederlage war vorprogrammiert. Die Tories im britischen Unterhaus kalkulierten die Zerstrittenheit der englischen Gewerkschaftsbewegung fest ein. Als Arthur Scargill mit der Faust auf den Tisch haute, lachte sich Mrs. Thatcher insgeheim ins Fäustchen: Der Dachverband der britischen Gewerkschaften und die Führung der Labour-Party machten keinen Finger krumm. Die Bergarbeiter wurden im Stich gelassen.

Als der Streik im Februar dieses Jahres offiziell beendet wurde, waren viele Bergarbeiter bestürzt. Hat es sich gelohnt die Arbeit in Angst und Not 12 Monate lang niederzulegen ohne etwas erreicht zu haben?

Carol Law glaubt nicht an eine Niederlage und hofft auf nationale und internationale Solidarität. „Margaret Thatcher mag diese Schlacht gewonnen haben, aber sie hat nicht den Krieg gewonnen, denn der Krieg ist noch nicht zuende!"

Auch Arthur Scargill, unumstrittener Führer der Bergarbeitergewerkschaft zeigt sich optimistisch: „Wir werden siegen!"

M. Schwarz

Kohl in Bergen-Belsen

Der gottlose Hitler

Der Kanzler der Bundesrepublik im ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen. Zehntausende fanden hier einen furchtbaren Tod. Der Schoß, aus dem dieser Terror kroch, ist auch heute noch fruchtbar. Bergen, die Stadt, zu der die Gedenkstätte Bergen-Belsen gehört, ist der Sitz der Wehrsportgruppe Jürgens.

Überflüssig zu erwähnen, daß dies dem Kanzler kein Problem war. 40 Jahre nach dem Sieg über den Hitler-Faschismus auf die Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik hinzuweisen, blieb den Demonstranten vorbehalten, die einige Kilometer entfernt von der ehemaligen Verladerampe zum Friedhof der 50000 gefallenen sowjetischen Soldaten marschierten. Marschieren mußten. Denn im offiziellen Gedenkprogramm war für sie kein Platz.

Für Kohl ist die Ursache des Faschismus im „Verfall der Werte, der Moral" zu suchen, letztendlich im Abfall von Gott. Von den Interessen des Finanzkapitals an der Errichtung der faschistischen Diktatur weiß er selbstverständlich nichts. Und davon, daß sich die Nachfahren der Geldgeber Hitlers auch heute wieder Politik und Politiker für Geld kaufen, weiß er selbstverständlich auch nichts.

Ist es verwunderlich, daß dieser Mann auch von den Opfern der Arbeiterbewegung — von ihrem Widerstand gar nicht zu reden — nichts weiß? Oder besser: mit keinem einzigen Wort erwähnt, daß in Bergen-Belsen nicht nur Juden und Sinti, sondern eben auch Arbeiter, Sozialdemokraten und Kommunisten zu Tausenden ermordet wurden?

Kohls Besuch in Bergen-Belsen sollte eine Geste sein. Das war er auch. Eine Geste nämlich, die in aller Deutlichkeit zeigte, was diese Regierung unter Vergangenheitsbewältigung versteht.



An der Demonstration in Bergen-Belsen beteiligten sich neben VVN, Grünen, Jusos, AL und anderen auch die KPD und die Volksfront. Das Transparent der Partei bezieht sich auf den Folter-Sympathisanten Albrecht.

Stimmungsmache gegen Demonstration in Bonn

Das ist der Gipfel!

Die Propagandamaschinerie derjenigen, die die Freundschaft mit den USA am liebsten als Grundpflicht der Bundesbürger in der Verfassung festschreiben möchten, läuft auf Hochtouren. Für Dregger, Springer und ihresgleichen ist klar: wer gegen Reagan demonstriert, demonstriert gegen den „freien Westen"; wer gegen den „freien Westen" demonstriert, ist gefährlich; wo gefährliche Leute demonstrieren, braucht man viel Polizei. Und wenn die viele Polizei erst mal da ist, müßte es doch mit dem Teufel zugehen, wenn es nicht auch zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kommt...

„Gewaltsame Auseinandersetzungen", selbst wenn sie vorerst nur in der Phantasie der CDU/CSU und den Schreibern der Springer-Presse existieren, sind für die SPD dasselbe wie das berühmte rote Tuch für den Stier. Zumal diese „gewaltsamen Auseinandersetzungen" ja in Bonn über die Bühne gehen sollen. Und Bonn ist bekanntlich nicht nur Bundeshauptstadt, sondern liegt außerdem in NRW. Mitten auf dem Kriegsschauplatz Landtagswahlkampf also.

Doppelter Anlaß also für Johannes Rau und seine Mannen zweierlei klarzustellen: 1. daß für die SPD law and order selbstverständlich erste Demokratiepflicht ist; 2. daß für die SPD die Freundschaft mit Amerika selbstverständlich eine heilige Kuh ist. Dabei entblödet sich die SPD in der abgebildeten Wahlkampfanzeige nicht, alle, die in Bonn gegen Reagan demonstrieren wollen, als „Gehilfen von Chaoten und Herrn Geißler" zu diffamieren.

Was bei all dem von der „Antiraketenpartei" von der Partei, die in der letzten Zeit viele Worte auf die Kritik an amerikanischer Hochrüstung und an amerikanischer Aggressionspolitik in Lateinamerika verwendet hat, übrigbleibt? Nichts, bis auf folgenden Satz aus der schon erwähnten Wahlkampfanzeige: „Wir heißen einen Staatsgast willkommen, auch wenn es Punkte in seiner Politik gibt, mit denen wir nicht übereinstimmen."

Schützt unsere amerikanischen Freunde vor dem Mißbrauch im NRW-Wahlkampf.

Wir in Nordrhein-Westfalen sind stolz auf unser Land der Vielfalt, Weltoffenheit und Gastfreundschaft.

Johannes Rau hat jetzt sieben Jahre als Ministerpräsident für unser Land gearbeitet. Wir haben gemeinsam eine Menge geschafft.

Jetzt kommt es darauf an, den begonnenen Weg weiterzugehen. Aus einem alten Industrieland ein modernes Land des technischen Fortschritts und der ökologischen Vernunft zu machen. Und: Nordrhein-Westfalen muß das soziale Gewissen unserer Nation bleiben.

CDU und FDP wissen, daß sie aus landespolitischen Gründen bei uns in Nordrhein-Westfalen nicht zu einer Mehrheit kommen können. Deshalb sollen Kanzler Kohl und sogar Präsident Reagan jetzt aushelfen. Sein Besuch ist bewußt vor unseren Wahltermin vorverlegt worden.

Johannes Rau braucht jetzt Sie. Sorgen Sie dafür, daß die Wahl am 12. Mai nicht durch Ereignisse, die nichts mit unserem Land zu tun haben, verfälscht wird. Reden Sie auch darüber mit Kollegen und Freunden. Johannes Rau braucht weiter eine klare Mehrheit, damit unser Land stabil und mit sozialer Verantwortung regiert werden kann.

Wir in Nordrhein-Westfalen gehen unseren eigenen Weg, den sozialen, den menschlichen: Weiter aufwärts. Weiter mit Johannes Rau.*

* [illegible]



Großkundgebungen und Demonstrationen am 4. Mai

● **FRANKFURT**
11.30 Uhr: Auftakt: Hauptfriedhof
14.30 Uhr: Kundgebung: Paulsplatz

● **Köln**
11.00 Uhr: Auftakt Ebertplatz
13.00 Uhr: Kundgebung: Neumarkt

● **Hamburg**
11.00 Uhr: Auftakt: Hamburger Str./Schönfelder Str.
14.00 Uhr: Kundgebung: Ohlsdorfer Friedhof

UZ 13.4.85

Links eine Wahlkampfanzeige der SPD im Faksimile. Oben die Ankündigung der UZ vom 13.4.85 für die Aktivitäten am 4. Mai — ohne Hinweis auf die Demonstration in Bonn. Preisfrage: Was nützen Absprachen über das zeitliche Koordinieren der Demonstrationen in Bonn und in Köln — und wie ernst sind sie zu nehmen — wenn die Leser der UZ über die Bonner Demonstration noch nicht einmal informiert werden?



3. Mai Stadthalle Bonn-Bad Godesberg

Tribunal gegen den Weltwirtschaftsgipfel

PROGRAMM

8.00 Uhr Saalöffnung
9.30 Uhr Beginn des Tribunals

I. NIEDERSCHLAGUNG DES FASCHISTISCHEN DEUTSCHLANDS

9.30—10.45 Uhr
Referenten: Karl-Heinz Roth „Kontinuität oder Bruch der wirtschaftlichen Interessen?"
N.N. (Überlebender des KZ Auschwitz)

II. AUSWIRKUNGEN DER WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG AUF DIE „3. WELT"

10.45—13.30 Uhr
Referenten: Ein Vertreter der Einheitspartei Tansanias CCM „Internationaler Währungsfonds — Verschuldungskrise"
Ein Vertreter der brasilianischen Gewerkschaftsbewegung „Soziale Veränderungen, Arbeitsbedingungen, ökologische Zerstörung im Rahmen von ‚VW do Brasil'"
Ein Vertreter der FSLN aus Nicaragua „Realisierung und Stabilisierung eines revolutionären Prozesses"
Susan George (USA) „Hungerproblematik in der ‚3. Welt'"
Panel* mit diesen 4 Referenten
Arbeitsgruppen: „Politik des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit" (Ursula Linnhof)
„Futtermittel und Pestizide" (Norbert Deipenbrock. BuKo-Futtermittelkampagne und Jürgen Knirsch. Pestizid-Aktionsnetzwerk)
„Internationaler Währungsfonds — Verschuldungskrise" (angefragt: Alexander Schubert. Berlin)
13.30—14.15 Uhr Mittagspause

III. ZUM ZUSAMMENHANG VON IMPERIALISMUS UND PATRIARCHAT

14.15—16.15 Uhr
Referentinnen: Anja Kuhr „Bevölkerungspolitik"
Veronika Benholdt-Thomsen „Geschlechtliche Arbeitsteilung"
Panel mit diesen beiden Referentinnen und Kurzvorstellung der Arbeitsgruppen: „Bevölkerungspolitik" (Anja Kuhr)
„Geschlechtliche Arbeitsteilung" (Maria Mies und Claudia v. Werlhof)
Sextourismus und Frauenhandel (N.N.)

IV. AUSWIRKUNGEN DER WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG IN DEN METROPOLEN

16.15—18.15 Uhr
Referenten: Ein Vertreter der NUM „Auswirkungen imperialistischer Zusammenarbeit am Beispiel des britischen Bergarbeiterstreiks"
Raphael Sanchez (SOG-CNT. südspanische syndikalistische Landarbeitergewerkschaft) „Auswirkungen der EG-Politik in Südspanien"
angefragt Trude Unruh (Seniorenschutzbund Graue Panther) „Herausgefallen aus dem sozialen Netz von sog. Randgruppen"
Panel mit diesen Referenten und Spezialisten zur Agrarpolitik. Aufstandsbekämpfungsstrategien und Ausländer-/Asylthematik
Arbeitsgruppen: „Auswirkungen der Agrarpolitik" (Euro-Grüner)
„Auswirkungen und Modelle der Aufstandsbekämpfungsstrategien" (angefragt: Michael Schubert)
„Ausländer/Asyl" (N.N.)
„Massenarbeitslosigkeit und Verarmung" (N.N.)
18.15—19.00 Uhr Pause

V. MILITÄRSTRATEGISCHE ABSICHERUNG DER WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG

19.00—21.00 Uhr
Referenten: Jean-Marie Tjibaou (FLNKS, Neukaledonien) „Militärstrategien in Südost-Asien"
Roman Bedor (Belau Pacific Centre, Belau) „Verhinderung von Atomwaffenversuchen im Südpazifik — Atomwaffenfreie Zone"
Cynthia Enloe (USA) („Frauen und Militär")
Alfred Mechtersheimer (angefragt) „Militärstrategien der NATO"
Panel mit diesen 4 Referenten und Kalle Fabig (Hamburg)
Arbeitsgruppen: „Rüstungsexport" (N.N.)
„Atombombenversuche" (Roman Bedor)
„Neue Militärstrategien" (A. Mechtersheimer angefragt)
„Chemische Aufrüstung und Kriegsführung" (Kalle Fabig)
21.30 Uhr Abschluß-Erklärung
ca. 22.00 Uhr Ende des Tribunals
Ein Panel hat die Funktion, die in den Referaten thematisierten Inhalte durch Diskussion zwischen Podium und Auditorium zu konkretisieren und zu vertiefen.

ANMELDUNG ERFORDERLICH!

Wer am Tribunal gegen den Weltwirtschaftsgipfel teilnehmen möchte, muß sich schriftlich anmelden. Die Organisatoren bemühen sich, Übernachtungsplätze bereitzustellen. Übernachtungsplatzbedarf also bitte angeben.
Der Teilnahmebeitrag für das Tribunal beträgt 10 DM. Die 10 DM müssen bei der Anmeldung bezahlt werden — entweder beilegen oder überweisen auf das Konto des Trägerkreises: Bernd Perlinger, Sonderkonto WWG, Sparda-Bank Köln, BLZ 37060590, Nr. 100954748
Kontaktadresse: Aktionsbüro, Siegburgstr. 11, 5300 Bonn 3, Tel.: (0228) 474400

Demonstration: 4.5.85, 13.00 Uhr
Abmarsch: Josefshöhe
Treffpunkt der KPD: Josefshöhe/Pariser Str.

Schwierigkeiten bei der „Bewältigung der Vergangenheit"

Ehrung für Hamburger Opfer der Nazi-Justiz

Wenn Hamburgs Bürgermeister von Dohnanyi es für nötig hält, sich nach links zu profilieren, kehrt er gerne den konsequenten Antifaschisten heraus, dem besonders die Aufarbeitung der Geschichte Hamburgs während der Nazi-Zeit eine Herzensangelegenheit ist. Welche Schwierigkeiten die Behörden der Hansestadt — und hier vor allem die Justiz — aber tatsächlich mit der „Bewältigung" dieses Abschnitts der Geschichte haben, machte eine Veranstaltung Ende März im Altonaer Arbeitsgericht wieder einmal deutlich.

Eingeladen hatten die Kulturbehörde und das Stadtteilarchiv Ottensen, eine Initiative, die sich vor allem die Erforschung demokratischer Traditionen in diesem zu Altona gehörenden Stadtviertel zur Aufgabe gemacht hat. Anlaß der Veranstaltung war die Enthüllung einer Tafel am Gerichtsgebäude, die darauf hinweist, daß im Hof dieses Gebäudes (des früheren preußischen Landgerichts Altona) 1933 die Kommunisten August Lütgens, Walter Möller, Bruno Tesch und Karl Wolff hingerichtet worden sind — sie waren die ersten Todesopfer der Nazi-Justiz in Deutschland.

Die vier Genossen waren bereits in den letzten Monaten der Weimarer Republik vor einem (aufgrund einer Notverordnung 1932 gebildeten) Sondergericht angeklagt worden unter dem Vorwurf, sich an Schießereien während des sogenannten Altonaer Blutsonntags beteiligt zu haben. Schon hier, bei der Einschätzung des Anlasses für die Hinrichtung von August Lütgens und Genossen, werden die Probleme der heutigen Hamburger Behörden bei der Aufarbeitung der Geschichte deutlich. In einer vor zwei Jahren von der Landeszentrale für politische Bildung veröffentlichten Darstellung (U. Büttner/W. Jochmann, Hamburg auf dem Weg ins Dritte Reich) wird der Altonaer Blutsonntag als Höhepunkt eines „von beiden extremen Parteien (KPD und NSDAP) mit äußerster Brutalität" ausgefochtenen Kampfes um die Straße beschrieben, bei dem die tapfere (sozialdemokratisch geführte!) Polizei Mühe gehabt hätte, sich selbst und die Nazis vor Heckenschützen-Kommandos der KPD zu verteidigen.

Hier sei zunächst der Hintergrund jener Ereignisse vom 17. Juli 1932 skizziert, die als Altonaer Blutsonntag in die Geschichte eingingen. Am 1. Juni 1932 war Franz von Papen Reichskanzler geworden. Er löste sofort den Reichstag auf und schrieb für den 31. Juli Neuwahlen aus. Seine zweite wesentliche Amtshandlung bestand darin, daß er das im April von seinem Vorgänger Brüning ausgesprochene Verbot der Terror-Organisationen SA uns SS aufhob.

Die Faschisten nutzten die wiedergewonnene Legalität ihrer Militärverbände im nun beginnenden Wahlkampf für die Durchführung sogenannter Werbemärsche aus. Dabei handelte es sich jedoch nicht um Aktionen zur Gewinnung von Mitgliedern, sondern in der Regel um provokative Aufmärsche in Arbeitervierteln, die einzig darauf berechnet waren, die Anhängerschaft der Arbeiterparteien — und hier vor allem der KPD — einzuschüchtern und zu terrorisieren. Zu einem solchen „Werbemarsch" hatten sich am 17. Juli etwa 7000 SA- und SS-Leute aus Hamburg und Schleswig-Holstein (darunter auch der berüchtigte Altonaer SA-Sturm 2-31) zusammengerottet, um die Altonaer Altstadt — ein Zentrum der revolutionären Arbeiterbewegung — zu „erobern".

Obwohl einschlägige Erfahrungen mit blutigen Ausschreitungen der Faschisten bei den „Werbemärschen" vorlagen, weigerte sich das sozialdemokratische Polizeipräsidium in Altona, den dringlichen Aufforderungen der KPD und von Betriebsdelegationen nachzukommen und den Nazi-Aufmarsch zu verbieten. Es wurden vielmehr stark bewaffnete Polizeikräfte mobilisiert, um den Feldzug der Nazis durch die Altstadt abzusichern. Nachdem es während des Marsches wiederholt zu heftigen Auseinandersetzungen der Faschisten mit unbewaffneten Gegendemonstranten gekommen war, entwickelte sich am Nachmittag vor allem in der Großen Marienstraße eine wilde Schießerei, bei der insgesamt 18 Menschen — darunter auch zwei Mitglieder des SA-Sturms 2-31 — getötet wurden. Sowohl Polizei wie auch die Faschisten machten dafür Heckenschützen der KPD verantwortlich, die von Dächern und aus Fenstern auf die Straße gefeuert hätten. Diese Darstellung wurde nicht nur im Prozeß gegen August Lütgens und Genossen übernommen; sie wirkt — wie das oben angeführte Beispiel zeigt — auch als Legende in der heutigen Geschichtsschreibung fort.

Mit dieser Legende setzte sich bei der erwähnten Veranstaltung im Altonaer Arbeitsgericht der britische Historiker McElligott auseinander. Er wies nach, daß es für die Existenz der angeblichen Heckenschützen keinerlei Indizien gibt. Hauptverantwortlich für das Blutbad sei vielmehr die Polizei selbst gewesen, die zum Teil mit schweren Waffen ganze Häuserfassaden unter Beschuß genommen und wild in die Straßen gefeuert hätte. Das ist eine Bestätigung für bereits 1932 von der KPD vorgelegte Untersuchungsergebnisse, nach denen ein Großteil der Opfer des Altonaer Blutsonntags durch die Fenster in ihren Wohnungen und sogar durch geschlossene Ladentüren hindurch erschossen worden sind.

McElligott wies auch darauf hin, daß sich Polizeieinheiten offen und provokativ — beispielsweise durch Intonieren antikommunistischer Haßgesänge — auf die Seite der Faschisten gestellt hätten. Das wird durch einen Teilnehmer, den damaligen Polizeileutnant Schieritz bestätigt, der noch 1981 in einem Interview erklärte: „Wenn es um Kommunisten oder SA ging, stand ich innerlich auf der Seite der SA. Das bekenne ich noch heute. Denn ich sagte, wenn Deutschland noch einmal gerettet werden soll, dann kann es nur so kommen, daß die Kommunisten ausgeschaltet werden." (H. Breloer/H. Königstein, Blutgeld, S. 32) Es ist bezeichnend, daß gerade solche Tatsachen bis heute weitgehend unterdrückt werden, denn die faschistische Instrumentalisierung der Polizei schon während der Weimarer Republik paßt natürlich nicht in das offizielle Geschichtsbild, nach dem die „Extremisten" von links und rechts in trauter Gemeinsamkeit die Republik zerschlagen haben.

Die schon vor der faschistischen Machtergreifung von den sozialdemokratischen Behörden in Altona hinsichtlich des Blutsonntags betriebene Legendenbildung setzte sich bruchlos auf der Ebene des Justizapparats fort. Tatsächlich während der Weimarer Republik vom erwähnten Sondergericht betriebene Anklage gegen August Lütgens und Genossen konnte niemals auch nur den Schimmer eines Beweises für eine Beteiligung der Angeklagten an dem Blutbad erbringen. Aber dem Gericht reichte die Tatsache, daß August Lütgens auf regionaler Ebene eine führende Position in der (damals illegalen) Militärorganisation der KPD, dem Rotfrontkämpferbund, bekleidete und die anderen drei Genossen von der KPD inspirierten Massenorganisationen wie der Antifaschistischen Aktion angehörten. Nach dem Machtantritt der Faschisten konnte sich das Sondergericht dann auch noch der letzten Zwänge einer Beweisführung entledigen, ungehemmt plumpe Indizienfälschung betreiben (so wurden einer angeblich Walter Möller gehörenden Pistole trotz völlig unterschiedlicher Kaliber die in den Körpern der erschossenen SA-Leute gefundenen Patronen zugeordnet) und wo selbst solche Fälschungen nicht hinreichten, die Todesurteile gegen die vier Genossen mit deren kommunistischer Gesinnung begründet.



August Lütgens, wurde am 16. Dezember 1897 in Lübeck geboren und fuhr als Matrose zur See. 1920 kehrte er nach Deutschland zurück, kam 1931 nach Hamburg und wurde als Funktionär der Gewerkschaft der Seeleute und Führer des Roten Frontkämpferbundes tätig. Im Frühjahr 1933 wurde er wegen der Ereignisse anläßlich des „Altonaer Blutsonntags" zum Tode verurteilt und am 1. August enthauptet.



Bruno Tesch, Klempner von Beruf und 1913 in Hamburg geboren, nahm als Funktionär des KJVD in Hamburg am 17. Juli 1932, der als „Altonaer Blutsonntag" in die Geschichte einging, an der Abwehr gegen den SA-Terror teil. 1933 wurde er angeklagt, „auf SA-Leute geschossen" zu haben. Er wurde zusammen mit August Lütgens, Karl Wolff und Walter Möller zum Tode verurteilt und am 1. August 1933, 20 Jahre alt, mit dem Handbeil hingerichtet.

Der Mord an August Lütgens, Walter Möller, Bruno Tesch und Karl Wolff hat immer eine besondere Bedeutung in der Auseinandersetzung mit dem faschistischen Terrorregime gehabt. Er war, wie bereits erwähnt, der erste per Gerichtsbeschluß vollzogene Schritt zur Liquidierung der Gegner des Regimes, der bereits 1933 eine internationale Welle der Empörung auslöste. Arnold Zweig hat diesen Fall in seinem Buch „Das Beil von Wandsbek" (Fischer Taschenbuch 2069) verarbeitet, einem der bekanntesten Romane des antifaschistischen Exils. Die Briefe der hingerichteten Genossen schließlich (zum Teil abgedruckt bei Breloer/Königstein) zählen zu den eindringlichsten Zeugnissen des Arbeiterwiderstandes gegen den Faschismus.

So hätte sich also gerade dieser Fall für die von Dohnanyi geforderte Aufarbeitung der Geschichte — und insbesondere der Rolle von Polizei und Justiz bei der Machtergreifung — angeboten. Tatsächlich aber hat der Senat in dieser Angelegenheit keinerlei Initiative entwickelt. Ein früherer Versuch der VVN, mit der Anbringung einer Gedenktafel am Altonaer Gerichtsgebäude überhaupt nur an die hingerichteten Genossen zu *erinnern*, wurde durch die behördlich verfügte Abräumung der Tafel verhindert. Daß es jetzt zur Anbringung einer nunmehr „offiziellen" Tafel kam, ist nur dem nachhaltigen Drängen des Stadtteilarchivs und anderer Antifaschisten zu verdanken.

Und dabei mußte sich das Stadtteilarchiv auch noch in einen perversen anmutenden Kleinkrieg mit der Kulturbehörde einlassen. Letztere wollte nämlich eine Tafel *ohne* die Namen der Ermordeten haben. Das hat in Hamburg übrigens durchaus Tradition. Als nämlich im Mai 1981 (immerhin 36 Jahre nach dem Ende des Faschismus) sich die Bürgerschaft endlich dazu durchgerungen hatte, im Rathaus eine Bronzeplatte zum Gedenken an die von den Nazis ermordeten Bürgerschaftsabgeordneten anzubringen, durften darauf die Namen der Opfer nicht genannt werden — es waren zu viele Kommunisten (unter anderem Ernst Thälmann) darunter. Selbst der Hinweis auf die Mörder — so unglaublich es klingen mag — fehlt auf dieser Platte. Laut dem vom Bürgerschaftspräsidenten Schulz (SPD) ausgesuchten Text wurden die Abgeordneten „Opfer totalitärer Verfolgung".

Am Altonaer Arbeitsgericht nun stehen immerhin jetzt die Namen der Ermordeten. Es handelt sich hier aber im Gegensatz zum Rathaus nicht um eine Gedenktafel, sondern — auf diesen Unterschied legen die Behörden Wert — nur um eine *„Hinweistafel"* zur Kennzeichnung historisch interessanter und bedeutsamer Gebäude. Auf eine Ehrung der vier Antifaschisten legt die Hamburger Sozialdemokratie ganz offensichtlich keinerlei Wert. Eine Initiative der GAL, die Gesamtschule Altona nach einem der Hingerichteten zu benennen, ist jedenfalls bislang abgeblockt worden. Als Schüler der Gesamtschule wegen einer möglichen Umbenennung bei der Altonaer SPD nachfragten, wurde ihnen erklärt, daran bestehe kein Interesse, weil diese Angelegenheit von politischen Gruppen mißbraucht würde.

Diese deutliche Zurückhaltung beim Bekenntnis zu antifaschistischen Widerstandskämpfern macht aber nur die *eine* Seite des politischen Skandals in dieser Sache aus. Die vier ermordeten Genossen gelten nämlich bis heute „offiziell" als rechtmäßig hingerichtete Kriminelle — das Urteil des faschistischen Sondergerichts ist nie aufgehoben worden. Bereits unmittelbar nach der Befreiung hatte es massive Vorstöße in dieser Richtung gegeben; Staatsanwaltschaft und Gerichte hatten aber eine Annullierung des Urteils immer wieder abgelehnt. Dabei stützte man sich auf eine nach 1945 verfügte Regelung, wonach Straffreiheit gewährt wurde für Handlungen, die überwiegend gegen den Faschismus motiviert waren bzw. für Straftaten, die allein nach NS-Normen verfolgt wurden.

Und mit dieser Regelung argumentiert die Hamburger Justiz bis heute. Ein 1983 vom Journalisten Franz Ahrens betriebener erneuter Vorstoß zur Aufhebung der Urteile des Sondergerichts wurde von der Generalstaatsanwaltschaft abschlägig beschieden. Die Verurteilung der vier Genossen wäre nach Vorschriften erfolgt, die bereits *vor* der Errichtung des NS-Regimes bestanden hätten, die nicht NS-typisch wären und *heute noch* gelten würden. Zudem handele es sich bei den Ereignissen, die Gegenstand des Verfahrens waren, um Vorkommnisse von *1932*, somit also nicht um Widerstandshandlungen gegen das faschistische Regime.

So weigert sich die Hamburger Justiz also bis heute, den Charakter der Sondergerichte als spezifisch faschistische Terrorinstrumente anzuerkennen und ein reines *Gesinnungs*urteil als unrechtmäßig zu verurteilen. Diese Haltung spricht wahrhaftig Bände über das „Rechtsbewußtsein" der Justiz in einem sozialdemokratisch regierten Bundesland und provoziert Vergleiche zur Rolle der Justiz in der letzten Phase der Weimarer Republik und dem bruchlosen Übergang dieser Justiz in einen faschistischen Terrorapparat.

Bei der erwähnten Veranstaltung im Altonaer Arbeitsgericht wurde denn auch der Hamburger Senat aufgefordert, Initiativen zur Aufhebung der Sondergerichtsurteile zu ergreifen. Anwesend bei dieser Veranstaltung war auch die Justizsenatorin Leithäuser. Ihre Ausführungen machten deutlich, daß der Senat bezüglich dieser Urteile keinen „Alleingang" unternehmen will. Man orientiert vielmehr auf eine Initiative auf Bundesebene, wie sie bei der Aufhebung der Urteile des sogenannten Volksgerichtshofs schon erfolgt ist. Wenn sich in Sachen Sondergerichtsurteile nichts rühre, werde Hamburg im Bundesrat einen entsprechenden Antrag einbringen.

Im Bundesrat aber haben bekanntlich die Parteien der Bonner Koalition die Mehrheit. Und dort dürfte man so denken wie in der Hamburger Justiz: nämlich daß heute nicht unrecht sein könne, was damals rechtens war.

Ein Entwicklungshelfer beschreibt seine Eindrücke

Ein Brief aus Zimbabwe

Ein Leser des Roten Morgen aus Westberlin sandte uns den nachfolgend abgedruckten Brief. Er stammt von dessen Bruder, der mit seiner Familie in Zimbabwe lebt, wo er als Entwicklungshelfer arbeitet. Der Brief wurde lediglich um einige private Passagen gekürzt.

Wir drucken die Darstellung gern ab, weil sie ein informatives Bild über ein Land gibt, daß vor Jahren noch die Schlagzeilen beherrschte und heute ein wenig in Vergessenheit geraten ist. Zimbabwe, das frühere Rhodesien, wurde am 18. April 1980 unabhängig.

Der Unabhängigkeit war eine wechselvolle und für die schwarze Bevölkerung leidvolle Geschichte vorausgegangen. Nach langer kolonialer Besetzung durch den britischen Imperialismus löste sich 1965 die britische Kolonie von ihrem „Mutterland". Die einheimischen weißen Siedler — die nicht bereit waren, auch nur eine einzige Konzession an die schwarze Bevölkerung zu machen, die nicht bereit waren, kleine Reformvorschläge wie sie in London vorbereitet wurden, durchzuführen, beendeten die „Herrschaft der Krone". Das Regime des Ian Smith, der die weißen Großgrundbesitzer, die Herrscher des Landes, anführte, dauerte nur 15 Jahre. Nach internationalen Boykottmaßnahmen und einem Aufschwung der Befreiungsbewegung und des bewaffneten Kampfes wurden nach Abschluß von internationalen Verhandlungen erstmals freie Wahlen ausgeschrieben, die die Herrschaft der Weißen zunächst einmal beendete. Die regierende Partei ZANU ist mit großen Zielen angetreten: die jahrhundertelange Ungerechtigkeit, die Ausbeutung und Rechtlosigkeit der schwarzen Bevölkerung zu beenden. Mit großen Hoffnungen schaute damals die fortschrittliche Öffentlichkeit in dieses afrikanische Land.

Lesen wir den Brief, der zeigt, wie es heute aussieht in Zimbabwe/Afrika.

„Hier in Zimbabwe sieht's mit der Politik auch nicht rosig aus. Es türmen sich die Widersprüche. Der Parteitag [1] im August hat ein Programm verabschiedet, das den Sozialismus in seiner marxistisch-leninistischen Ausprägung formell zum Programm erhebt. Beschlossen auf Anregung einer Elite von Ministern, die längst einige der alten Prachtvillen der weißen Siedler-Herren in Harare [2] mitsamt drei bis fünf Dienern und Gärtnern übernommen haben, beschlossen in Abwesenheit der Arbeiterklasse. Abwesenheit im organisatorischen Sinne, denn die Gewerkschaftsbewegung hier ist so zerstritten und die Führung offensichtlich so korrupt, daß keine eigene Initiative von ihr zu erwarten ist. Die Partei ist aus den ländlichen bäuerlichen Massen hervorgegangen, hat hier ihre stärkste Unterstützung und wird von Intellektuellen geführt, die ihre Erziehung alle auf Missionsschulen erhalten haben und zum Teil dann im westlichen Ausland studiert haben. Sie vertreten sicherlich ihre eigenen Interessen, so stark, daß auf den Druck der Öffentlichkeit hier die Partei einen „leadership code" [3] verabschiedet hat, der den führenden Funktionären verbietet, eigene Farmen und Fabriken usw. zu betreiben. Dieser Code war überfällig, weil die Bereicherung zu offensichtlich wurde. Aber nach dem Parteitag hat man wenig davon gehört — außer wenn untere Funktionäre ihre Geschäfte und Farmen auf ihre Frauen oder Verwandte überschrieben haben. Der Code schrieben haben. Der Code wird offensichtlich nicht durchgesetzt und würde er das, so ist doch die Quelle der Bereicherung und Ungleichheit nicht ausgeschaltet; die hohen Einkommen der Minister und hohen Funktionäre.

Es ist halbherzig. Wie überhaupt die Struktur der Politik halbherzig ist, radikal in Worten, überaus gemäßigt in der Praxis: die Minen und Farmen sind unangetastet in privater oder Multi-Hand, fast nichts ist verstaatlicht, die afrikanischen Gebiete [„communal areas"] sind übervölkert, verarmt, verletzbar durch jede Unbill des Wetters, die weißen Farmen strotzen vor Reichtum und werden nicht angetastet, weil sie effektiv sind. Die „resettlement-projects", (4) auf einigen aufgekauften Farmen angesiedelt und auf kooperativer Basis organisiert, haben Schwierigkeiten zu überleben. Die Regierung hat das Gesundheitswesen und die Massenerziehung angepackt, das ist ihr Verdienst. Aber das ist ja noch nicht revolutionär, das kann jede SPD leisten. Außerdem haben wir das Erziehungssystem mit seinen Widersprüchen am eigenen Leibe gerade mit den Jahresabschlußexamen erlebt.

In Cambridge (5) werden die Fragen entworfen, dort werden die Arbeiten korrigiert, dort wird auch festgelegt, was vier Jahre lang auf der Schule gelehrt werden muß, hoch akademische Inhalte, die die Schüler nach der Prüfung gerne wieder vergessen werden, zumal nur 5 bis 10 Prozent unserer Schüler die 0-Level-Prüfung in Cambridge erfolgreich beschließen dürften. Quantitative Ausdehung, endlich Erziehung für alle, möglich, aber qualitative Veränderungen müßten zumindest folgen, praktische, technische Inhalte, mit denen die Schüler nach der Schule Geld verdienen können. Die Regierung zögert, weil das eine Abwendung vom „internationalen Standards" bedeuten würde, halbherzig, langsam, so langsam, daß gute Ansätze bald erstickt werden können. 80000 Schüler verlassen in diesem Jahr die II-Klassen-Schule, nicht mal 10000 werden weitergehen oder Beschäftigung finden. Für den Aufbau von dezentralen Berufsschulen — kein Geld mehr. Es muß sich wohl noch alles viel stärker zuspitzen, bevor radikale Schritte folgen.

Hier im südlichen Afrika ist politisch alles sehr labil. Wer weiß, wie lange sich in Mozambique und Angola noch eine fortschrittliche Regierung über Wasser halten kann? Die Fehler der Nachbarländer halten die ZANU-Führer davon ab, soziale Veränderungen anzupacken. Die Frustration der Bevölkerung steigt aber, Erwartungen sind enttäuscht, der Bevölkerungsdruck [pro Familie acht bis zwölf Kinder] steigt, die Flucht in die Städte hält an, dazu der nationale Widerspruch zwischen Schona und Ndebele (6). Man muß sich wohl daran gewöhnen, in Generationen statt in Jahren zu denken.

So etwa sieht es politisch aus in diesem schönen, warmen, jetzt wieder feuchten Land. Es hat Regen gegeben und nach drei Jahren hörte man förmlich das nationale Aufatmen. Selbst unsere trockene, kahle, abgeholzte und überbevölkerte Gegend und der noch trockenere Süden — alles hat guten Regen bekommen. Der Mais steht fast zu hoch, die Leute pflügen mit ihren mageren Ochsen, ein Feld nach dem anderen, dehnen sich aus — aber das geht nicht sehr weit. Bald ist das Feld der Nachbarn erreicht, sie pflügen die grazing-areas, die Steppe, aus Mangel an Land, ein großer Optimismus hat alle erfüllt.

Und unsere Schule? Alles ist ziemlich auf die Examina abgestimmt gewesen in den letzten sechs Wochen. Praktisch kein Unterricht mehr, alles starrte und wartete auf diese weißen Papiere aus England. Weil zu wenig Klassenräume da sind, fand überhaupt kein Unterricht für die nicht Examen schreibenden Klassen statt. Woodwork (7) dürfte schon gar nicht mehr gemacht werden, weil der Krach beim Arbeiten die Schreibenden störte. Und dann diese Fragen, abstrakt, wirklichkeitsfern, absurd. Die Schüler haben's wirklich schwer: aus Optik Fragen zu konvexen und konkaven Brillengläsern — und keiner der Schüler hat eine Brille. Fragen zu Thermosflaschen — und keiner hat je solch eine Flasche benutzt. Sie müssen Fragen beantworten, ohne die Umwelt und das tägliche Damitumgehen zu erleben. Und diese Beispiele sind noch erlaubt, meistens werden abstrakte wissenschaftliche Prinzipien abgefragt. Ergebnis: so viele verschiedene Antworten wie Schüler. Hätten sie vier Jahre stringenten Unterricht gehabt, wär's sicher besser. Aber jedes halbe Jahr wechseln die Lehrer, viele wenig oder gar nicht qualifiziert. Unterrichtsmethode der meisten: dozieren, an die Tafel schreiben, nächster Punkt. Es gibt wunderbare Ansätze, experiment-orientiertes Science-Material. (8) Aber Experimente nehmen viel Zeit weg, man schafft den Lehrplan dann nicht. Die Lehrer selbst sind nichts anderes als dozieren gewohnt und setzen das fort — auch wenn kaum was hängen bleibt. Dann der völlig überladene Lehrplan. In Zimbabwe sterben Hunderte von Leuten durch Blitzschläge jährlich — wie man sich dagegen wehren kann, wird kaum gelehrt. Stattdessen leben alle möglichen Formen des Aberglaubens weiter, daß z. B. der bösewollende Nachbar den Blitz herbeigewünscht hat usw. In Zimbabwe gibt es in den Landgebieten keine vernünftigen Brennholz sparenden Öfen, und das Holz verschwindet mit wachsendem Bevölkerungsdruck. Was man dagegen machen kann, wird nicht gelehrt. Keine Entkolonialisierung des Schulwesens im qualitativen Sinne hat stattgefunden. Vielleicht wachen sie jetzt auf, wenn sie sehen, daß kaum jemand diese Examen, für die jeder Schüler 85 Pfund zahlen muß, besteht, und wenn, daß er nicht das gelernt hat, was er im Leben und Job braucht.



Nach dieser 500 Jahre alten Burgstadt im Süden des Landes — Zimbabwe — ist das Land heute benannt. Zimbabwe war das Symbol der Guerilla.

Meine Frau hat auch mit dieser Überlastung des Stundenplans in Mathe zu kämpfen, bei mir in Woodwork ist der Widerspruch nicht ganz so schlimm. Allerdings nimmt es viel Zeit weg, Hocker, Betten und Regale zu bauen zum Verkauf. Wir haben das relativ gut hingekriegt und auch etwas Geld verdient, aber im nächsten Jahr muß ich wohl mehr traditionelle Joints (9) einpauken.

Meine Frau ist stärker eingespannt als ich. Sie hat 250 Schüler, muß ständig Hefte und Arbeiten korrigieren und kommt kaum zu was anderem. Ich bin froh, daß ich mit Korrigieren nicht so belastet bin. Dafür habe ich etwas mehr Zeit, andere Sachen zu machen. Die Baumschule z. B., in der wir jetzt 10000 Setzlinge gezogen haben von den schnell wachsenden Eukalyptusbäumen. Etwa 9000 sind was geworden, obwohl das Wässern sehr mühsam war. Jeder Tropfen mußte mit Eimern und Plastiktonnen rangeschleppt werden. Jeder Schüler hat zehn Setzlinge — stolz — mit nach Hause genommen und gelernt, wie er eine eigene Baumschule zu Hase anlegen kann. Mangel an Feuerholz ist das Hauptproblem [neben Wasser] hier. Am Schluß gab's noch Ärger, weil einige Kollegen, der lokale businessmann und headmaster meinten, sie könnten die Setzlinge umsonst mitnehmen, obwohl wir sie für drei Pfennig pro Stück verkaufen, um Geld fürs nächste Jahr [Samen, Plastikbehälter usw.] zu haben. Die dignetaries, die Leute, die gutes Geld verdienen, meinen, sie hätten das Recht, noch mehr sich anzueignen und sind erzürnt, wenn sie hören, daß sie zahlen sollen. Die Familien drumherum, die kein Geld haben nach drei Jahren Trockenheit, sollten was umsonst kriegen, aber warum die gut Verdienenden?

*Das ist überhaupt eine Krankheit hier, die sich von der untersten bis zur obersten Ebene der Gesellschaft durchzieht: small and large scale corruption (10). Die Minister machen's vor und die unteren Chargen folgen. Es tröstet nur ein wenig, daß in Deutschland Bestechung und Korruption als Spitze eines Eisberges auch manchmal an die Öffentlichkeit kommt. Manchmal habe ich die Eindruck, daß die Ungleichheit hier so riesig und so unüberwindlich (kurzfristig) ist, daß man verzweifeln kann. Wenn man aus den ungepflegt ehemals weißen „suburbs" (11) in die weit davon getrennt liegenden völlig überbevölkerten slumartigen "townships" fährt, die von der aufsteigenden schwarzen Bourgeoisie gerade verlassen worden sind. Wenn man die Lage der Frau betrachtet, die — beladen mit acht bis zehn Kindern, neben sich die zweite und dritte Frau — bei Scheidung nicht einmal das Recht auf die eigenen Kinder hat, bei Tod des Ehemanns **nichts** erbt, aus „Respekt" vor dem Ehemann kniend sich mit ihm unterhalten muß, meistens getrennt mit den Kindern in den völlig unterentwickelten „rural areas" (12) lebt, während die Männer in den Städten arbeiten und das Geld vertrinken. Ungleichheit, wie sie zum Himmel schreit — überall.*

(...)

Das neue Jahr, die Schule hat wieder begonnen, fast die Hälfte des Kollegiums (33) ist neu, aber etwas besser organisiert. Es fehlen noch Klassenräume, so daß Unterricht häufig unterm Baum stattfindet. Es fehlen noch Schulmöbel und vor allem Bücher. Aber es geht. Über den Jahreswechsel waren wir im Norden von Harare bei Freunden. (...) Als wir zurückkamen war hier alles riesenhoch gewachsen, der Garten struppig und wild, die Gegend grün, man kann weit, weit schauen, und so hat der Mangel an Bäumen auch einen Vorteil. Die Tochter ist in der zweiten und der Sohn in der dritten Klasse. Beide müssen jetzt etwas mehr ran, und es macht ihnen wohl Spaß. Ihre Freunde vom letzten Jahr sind weg, so müssen sie sich neue suchen. Aber das ist ganz schön hier, kein Verkehr, weites Auslaufgebiet — und freundliche Menschen ..."

Anmerkungen:

1. Gemeint ist der Parteitag der ZANU-PF vom August 1984. Die ZANU („Zimbabwe African National Union") ist die herrschende Partei im Parlament. Ihr Vorsitzender Dr. Robert G. Mugabe ist Regierungschef und Verteidigungsminister.
2. Harare ist die Hauptstadt des Landes, das früher Rhodesien hieß und hieß früher selbst Salisbury.
3. Verhaltenscodex für führende Persönlichkeiten der ZANU
4. Neuordnung — oder Umsiedlungsprojekte für landlose Bauern
5. Gemeint ist hier wirklich die Universität in England
6. Schwarze Volksgruppen in Zimbabwe
7. Holzarbeiten, praktischer Unterricht
8. Wissenschaftliches Unterrichtsmaterial
9. Ist hier im Sinne von „Dreh", „Kniff", „Handgriff" gemeint
10. Korruption in kleinem und großem Umfang
11. Vororte
12. ländliche Gebiete

Meldungen

Dänemark
Kein Ende der Aktionen

Nach Beendigung der großen landesweiten Streiks und Protestaktionen gibt es weiterhin Kampfmaßnahmen gegen das Tarifdiktat der Schlüter-Regierung. Vor allem wehren sich die Arbeiter gegen Entlassungen, die mit der Teilnahme an den per Gesetz verbotenen Arbeitskampfmaßnahmen begründet werden. Die Bierbrauer traten in den Streik um die Wiedereinstellung eines Kollegen aus Aarhus zu erzwingen, der entlassen worden war. Alle dänischen Brauereien streikten 48 Stunden, die Kollegen in Aarhus wollen bis zur Wiedereinstellung des gefeuerten Kollegen weitermachen.

Bei Versammlungen der Vertrauensleute verschiedenster Betriebe wird jetzt vor allem auf die vielen Arbeitsgerichtsprozesse orientiert, die in den nächsten Tagen stattfinden. Eine Vielzahl von Aktionen an dänischen Arbeitsgerichten soll nun die Fortsetzung des Widerstands markieren und vor allem den Gewerkschaftsapparat zum Handeln zwingen. Mit Massendemonstrationen am 29. April vor und in Arbeitsgerichten soll eine Durchführung der zahlreich zu erwartenden Verfahren wegen Teilnahme an „tarifvertragswidrigen" Streiks verhindert werden. Wie ein Sprecher der Vertrauensleute erklärte, wolle man damit letztlich vor allem erreichen, daß der Gewerkschaftsdachverband LO seine ehrenamtlichen Arbeitsrichter zurückzieht und damit auch formell die Durchführung von Verfahren unmöglich macht.

Türkei
Todesurteile

Die blutgierige türkische Militärjustiz hat neue Terrorurteile gesprochen. Fünf Angehörige der linken türkischen Organisation DEV-YOL (Revolutionäre Stimme) sind in der vergangenen Woche zum Tode verurteilt worden. Das Gericht in Adana hatte insgesamt 179 Mitgliedern von DEV-YOL den Prozeß gemacht. Ihnen wurden vor allem der „Versuch des bewaffneten Umsturzes der verfassungsmäßigen Ordnung" **vor der Machtübernahme der Militärs** im September 1980 vorgeworfen. Eine irrwitzige Logik der Militärrichter, die in der Türkei völlig gesetzlos „Recht" sprechen, weil die Verfassung der Militärs die Macht der Armee ist, und nichts anderes. Im angeführten Prozeß gab es zusätzlich noch elf lebenslange Haftstrafen und weitere 75 Gefängnisstrafen zwischen 5 und 20 Jahren.

Azania/Südafrika
Protest gegen neuen Namibia-Plan
Weiterhin massiver Widerstand

Die Proteste gegen die Umsiedlungspolitik der weißen Rassistenregierung von Südafrika gehen unvermindert weiter. Täglich gibt es neue Nachrichten über gewaltige Auseinandersetzungen. Unbeeindruckt vom Protest der Schwarzen hat die Regierung Südafrikas jetzt einen neuen Namibia-Plan veröffentlicht, der nichts anderes beinhaltet, als die Festschreibung der Macht der südafrikanischen Herren über Namibia.

Südafrikas Premierminister Botha hatte angekündigt, in Namibia solle eine Übergangsregierung gebildet werden, an der die für die Unabhängigkeit des Territoriums kämpfende südwestafrikanische Volksorganisation SWAPO nicht beteiligt werden soll. Die UN, die Bewegung der Blockfreien Staaten, die Organisation für die Einheit Afrikas (OAU) protestierten gegen diesen Plan. UN-Generalsekretär Perez de Cuellar verwies auf die UN-Resolution 435, in der die Unabhängigkeit Namibias gefordert wird. Diese Resolution, die die Mitwirkung der SWAPO beinhaltet, bleibe weiterhin Ausgangspunkt für eine international akzeptable Regelung. *„Jedes andere Arrangement in Namibia müßte als null und nichtig angesehen werden"*, erklärte Perez. Die Bewegung der Blockfreien Staaten hat sich für eine *„massive diplomatische Offensive"* gegen Südafrika ausgesprochen, um Namibia zur Unabhängigkeit zu verhelfen. Am letzten Tag einer dreitägigen Namibia-Konferenz setzten sich die Teilnehmer auch für eine verstärkte Militär- und Wirtschaftshilfe für die SWAPO ein.

Sprecher der SWAPO äußerten zu den Vorschlägen der südafrikanischen Regierung, daß offener Krieg ausbrechen würde, würde Südafrika sein Vorhaben wahr machen.

Mit großen Worten protestiert haben auch die USA. Aber wie schon zu den lange andauernden Rassenunruhen in Südafrika ist derlei Protest nichts wert. Immer noch steht die fest Aussage der US-Regierung, sich auf keinerlei Boykottmaßnahmen einzulassen, keinerlei Änderung ihrer bisherigen Südafrika-Politik durchzuführen. So kann die Regierung Botha im Falle USA beruhigt sein, die Worte tun der Rassistenregierung nicht weh, Taten werden — das scheint sicher — nicht folgen. Ähnlich ist es im Falle der Bundesrepublik. Die vielfältigen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen werden seit Jahren, trotz einiger kritischer Anmerkungen gegenüber den Rassisten, nicht dazu benutzt, die südafrikanische Regierung zu einer Änderung ihrer Politik zu bewegen.

Währenddessen kämpft die schwarze Bevölkerung weiter gegen die verschiedenen Formen der Diskriminierung. Vor allem das Umsiedlungsprogramm — das Tausende schwarzer Familien vertreiben soll — ist Stein des Anstoßes. **Immer wieder kommt es in den schwarzen Vororten zu Unruhen.** Unruhen, mit denen die Bevölkerung ihr Recht auf die angestammten Wohnungen (und seien sie noch so schlecht) unterstreicht, in denen sie gegen die Vertreibung in noch menschenunwürdigere Verhältnisse kämpft.

In den letzten Wochen, nach zig brutalen Morden der weißen Polizei und des Militärs, richtet sich der Zorn der unterdrückten Schwarzen auch immer wieder gegen Kollaborateure, gegen Schwarze, die in Positionen der Verwaltung oder der Polizei als Helfershelfer der Rassisten fungieren.

Nicaragua
Der Kampf um die Contra-Hilfe

In dieser Woche ist im US-Kongreß die mit Spannung erwartete Abstimmung über die vom Präsidenten beantragte weitere Militärhilfe für die nicaraguanischen Contras angesagt. Während Präsident Reagan mit einem wahren Trommelfeuer von Greuelmärchen einen großen psychologischen Feldzug führt, um die Bewilligung zu erhalten, machen die Sandinisten viele taktische Zugeständnisse, um eben diese Zustimmung des US-Kongresses zu verhindern.

Reagan hat in der letzten Zeit in seinen Reden immer wieder von Russen an der Front in Nicaragua gesprochen, hat den Papst als Unterstützer seiner Politik herangezogen, mehrmals die Gefahr eines ganzen kommunistischen amerikanischen Kontinents an die Wand gemalt und die sandinistische Regierung immer wieder als Terroristen, Verbrecher und Handlanger Moskaus verleumdet.

Die sandinistische Regierung ihrerseits ist in den letzten Wochen auf viele Forderungen Wahingtons eingegangen. Aber egal was die Regierung in Managua sagte und tat, ein „No" aus Washington war sicher. Zuletzt am vergangenen Sonntag. Der nicaraguanische Staatspräsident Ortega hat einen Plan vorgelegt, der im wesentlichen ein Angebot eines Waffenstillstands mit der Contra und die Garantie der bürgerlichen Freiheiten enthielt. Bedingung dafür: Die Vereinigten Staaten müßten jegliche Hilfe an die bewaffnete Contra einstellen und bilaterale Gespräche mit Nicaragua wieder aufnehmen.

Auf einer hastig einberufenen Sitzung im Weißen Haus in Washington fiel die Entscheidung. Die Teilnehmer, Außenminister Shultz, Sicherheitsberater McFarlane und der CIA-Chef Casey beauftragten Shultz das Ergebnis der Presse mitzuteilen. Shultz tat es: er zeigte mit dem Daumen nach unten. Die später herausgegebene Erklärung des US-Außenministeriums bezeichnete dann den Vorschlag Ortegas als lediglich „eine Bekräftigung bekannter Positionen". Um Frieden in Nicaragua zu erreichen, sei das Angebot an die Contra nur eine Aufforderung, die Waffen niederzulegen. Es ist so, wie wir im „Roten Morgen" schon öfter gemutmaßt haben: egal, was die nicaraguanische Regierung an Zugeständnissen macht, die USA sind nicht an einer friedlichen Lösung, an vernünftigen Beziehungen zum sandinistischen Nicaragua interessiert. Das zeigt die Entwicklung kurz vor der Abstimmung im US-Kongreß ganz deutlich. Das Ziel der USA ist und bleibt der Sturz der Voksmacht in Nicaragua, bleibt, die Vorherrschaft in Zentralamerika mit allen Mitteln, und seien sie noch so schmutzig.

Linke Mehrheit in Peru
Wahlsieg der APRA in Peru

Eine eindeutige linke Mehrheit gab es bei den Parlamentswahlen in Peru. Mit großen spontanen Feiern in der Hauptstadt wurde der wahrscheinliche künftige Präsident Perus, der 36jährige Alan Garcia, gefeiert. Hohe Erwartungen begleiten den neuen Mann an der Spitze des Landes. Eine Inflationsrate von gegenwärtig 111 Prozent, eine Schuldenlast von 13,5 Milliarden Dollar belasten das Land. Der Schuldendienst, d.h. die Zinslasten und die Rückzahlungen, fressen mehr Geld auf als Peru an Devisen einnimmt.

das Wahlergebnis sieht die sozialdemokratische APRA-Partei mit 48 Prozent der Stimmen vorn, der nächste Verfolger, der marxisitsche Bürgermeister von Lima, Alfonso Barrantes, erreichte auch noch 23 Prozent. Völlig abgeschlagen der bisherige Präsident Fernando Belaunte, der 1980 noch 45 Prozent der Stimmen bekam. Er landete mit seiner konservativen „Accion Popular" (Volksaktion) auf Platz vier mit gerade mal 6 Prozent der Stimmen.

Belaunte, der damals angetreten war mit dem Versprechen, in kurzer Zeit eine Million Arbeitsplätze zu schaffen, hat mit seiner Politik das Gegenteil erreicht. Mindestens 700000 Arbeitsplätze wurden in seiner Regierungszeit abgebaut, die Verschuldung des Landes, die Inflationsrate ist ständig angestiegen.

Die APRA-Partei hat versprochen, mit radikalen Maßnahmen diesen Übeln zu begegnen. Die linke APRA-Partei — ursprünglich als revolutionäre, systemverändernde Kraft aufgebaut, hat in den letzten Jahren einen deutlichen Schwenk zum Sozialdemokratismus gemacht. Die neuen Leute in der Führung, vor allem der designierte Präsident Garcia, definiert seine zukünftige Regierung als eine „nationalistische, demokratische, dem Volk verpflichtete". Dennoch ist viel von den Wahlversprechungen und den Programmpunkten der APRA-Partei sehr fortschrittlich. Die Zukunft muß zeigen, inwieweit die Regierung diese Politik auch wirklich durchsetzt. So hat Garcia im Wahlkampf eindeutig bekundet, daß zum Beispiel ein Schuldenmoratorium her müsse, eine Stundung aller Auslandsschulden. Die Gewinntransfers ausländischer Erdölgesellschaften sollen auch begrenzt werden.

In einer ersten Stellungnahme nach der Wahl hat Garcia eine harte Haltung gegenüber dem Internationalen Währungsfond eingenommen. Die bisherigen Abkommen mit dem IWF nannte er einen „kolonialen Import von Maßnahmen" auf dem Weg der Entwicklungshilfe. Garcia kündigte an, er wolle jetzt versuchen, unter Umgehung des IWF direkt mit den einzelnen Gläubigerbanken über eine Umschuldung zu verhandeln. Bislang war es übliche Praxis, daß der IWF als Vorbedingung für Verlängerung der Kreditlaufzeiten und für erneute Kredite den jeweiligen Schuldnerländern bestimmte Bedingungen diktierte. Diese Bedingungen, die immer zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung gingen, von der Streichung von Subventionen bis hin zu Lohndiktaten, will man in Peru nicht mehr hinnehmen.

Man muß abwarten, wieweit diese Politik wirklich von Peru aus durchgeführt wird. Die APRA-Partei, die mit einer soliden linken Mehrheit im Rücken regieren kann, gibt zu vielen Hoffnungen Anlaß. Doch große Worte im Wahlkampf sind immer noch etwas anderes als konkrete Regierungspolitik. Die Änderungen der Politik innerhalb der APRA-Partei in den letzten Jahren geben allerdings nicht zu allzu großem Optimismus Anlaß.

Chile
Neue Formierung des Widerstands

Im Kampf gegen das bald seit 12 Jahren herrschende Pinochet-Regime in Chile haben die verschiedenen Sektoren des Widerstands jetzt einen neuen Schritt zur Vereinheitlichung ihrer Kräfte getan. Die Bildung der Oppositionsfront „Intransigencia Democratica" (Demokratische Unnachgiebigkeit) unterschrieben Mitte April 16 verschiedene Oppositionsführer Chiles.

Erst vor wenigen Monaten war eine neue Formation des bewaffneten Widerstands an die Öffentlichkeit getreten. Die „Frente Patriotico Manuel Rodriguez" (FPMR), die mit verschiedenen militärischen Attacken gegen das faschistische Regime Aufsehen erregte, verstand sich nicht als eigene Avantgarde-Organisation, sondern sieht sich als bewaffneter Arm der breiten Opposition. In ihr haben sich vor allem militante junge Leute zusammengeschlossen.

Die jetzige Bildung der „Demokratischen Unnachgiebigkeit" ist der erste erfolgreiche Versuch seit dem Putsch Pinochets vom September 1973, die verschiedenen Hauptströmungen der Opposition zu vereinheitlichen. Die „Demokratische Allianz" (AD), die „Demokratische Volksbewegung" (MDP) und der Sozialistische Block sind vor allem auf Drängen der Gewerkschaften und des von ihnen gebildeten Nationalen Kommandos der Arbeiter (CNT) zusammengerückt. Natürlich ist die gemeinsame Plattform all dieser Strömungen gegen die Diktatur Pinochets nicht sehr weitgehend, sie beschränkt sich in ihrem „Manifest für Freiheit und Demokratie" im wesentlichen auf die Propagierung des zivilen Ungehorsams gegen die Pinochet-Diktatur. Dennoch ist die Zusammenarbeit aller Oppositionellen, von der republikanischen Rechten bis hin zur verbotenen moskautreuen kommunistischen Partei ein Schlag gegen Pinochet.

Die Formierung dieser breiten Opposition geschah vor allem auf dem Hintergrund vermehrter Verschleppungen und Entführungen von Oppositionellen durch Polizei und Militär und die zunehmende Zahl politischer Morde, die in Chile jetzt auch durch „antikommunistische Kommandos" - also faschistische Todesschwadrone begangen werden.



8. Mai 1945 — 40 Jahre danach

„Appeasement"

Wir haben in den letzten beiden Folgen unserer Serie die Entwicklung bis zur Annektion Österreichs durch Deutschland dargestellt und gezeigt, daß die deutschen Monopolkapitalisten die wahren Kriegsbrandstifter und Nutznießer des 2. Weltkrieges waren. Im folgenden wollen wir uns mit der Entwicklung in Europa bis zum 1. September 1939 — dem Tag des deutschen Überfalls auf Polen, dem Tag des eigentlichen Beginns des 2. Weltkrieges beschäftigen. Der Verrat Englands und Frankreichs an der Tschechoslowakei und die Umstände, die zum Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages geführt haben, sollen dabei im Vordergrund stehen. Bekanntlich wird — vom „Bayernkurier" bis zum „Stern" — immer wieder behauptet, daß es gerade der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt gewesen sei, der es Hitler ermöglicht hätte, Polen zu überfallen und damit den 2. Weltkrieg endgültig zu entfesseln. So wird, wie sich noch zeigen wird, die Geschichte gefälscht.

Nach der deutschen Annektion Österreichs war eigentlich für jeden klar, daß das nächste Ziel Hitlers die Tschechslowakei sein würde. Und tatsächlich hatte der Generalstab der deutschen Wehrmacht schon 1937 Pläne für einen Überfall auf „Grünland" — damit war die Tschechoslowakei gemeint — ausgearbeitet. Aber ein Überfall Deutschlands auf die Tschechoslowakei war nicht so einfach. Die Tschechoslowakei hatte nämlich eine der modernsten und besten Armeen Europas und besaß eine leistungsfähige Rüstungsindustrie mit den Skodawerken als Mittelpunkt. Sie hatte außerdem mit Frankreich und der Sowjetunion Verträge über gegenseitige Hilfe abgeschlossen. Mit einem Wort: mit einem Überfall auf die Tschechoslowakei hätte Hitler einen Zweifrontenkrieg riskiert, zu dem Deutschland 1938 kaum in der Lage gewesen wäre.

Ein Vertrag zwischen der Sowjetunion, Frankreich und England über gemeinsame, wirksame militärische Garantien für die Tschechoslowakei im Falle eines Überfalls durch Deutschland wäre in dieser Situation ein außerordentlich wichtiger Schritt gewesen, um die Aggressionslust Hitlers und seiner Spießgesellen zu dämpfen und die Gefahr eines Krieges zu vermindern.

Es war die Sowjetunion, die den Regierungen Englands und Frankreichs schon eine Woche nach der Annexion Österreichs den Vorschlag machte, Gespräche über einen solchen Vertrag zu beginnen. Die sowjetische Initiative wurde allerdings, wie Winston Churchill in seinen Erinnerungen mit Bedauern feststellt, in Paris und London „nicht sehr warm" aufgenommen. Der damalige englische Premierminister Neville Chamberlain erklärte sogar rundheraus:

„Ich bin (...) ganz davon abgekommen, der Tschechoslowakei eine Garantie zu bieten oder den Franzosen in Zusammenhang mit ihren Verpflichtungen gegenüber diesem Land." Und weiter:

„Die Regierung seiner Majestät ist der Meinung, daß die indirekte gleichwohl unvermeidliche Folge einer Handlungsweise, wie sie die Sowjetregierung vorschlägt (...) den Aussichten des europäischen Friedens abträglich ist."

Damit waren die Grundlinien der englischen Politik beschrieben. Statt einer Verständigung mit der Sowjetunion wurde die Verständigung mit den deutschen Faschisten gesucht. Statt Hitler-Deutschland in die Schranken zu verweisen, machte man ihm Zugeständnis auf Zugeständnis, ermunterte es zu immer neuen Aggressionen, bis der zweite Weltkrieg praktisch unvermeidlich geworden war. Die englische und französische Politik der damaligen Zeit wird meistens als „Beschwichtigungspolitik" bezeichnet, während sie doch in Wirklichkeit das genaue Gegenteil war. Nachdem diese Politik gescheitert war, ist viel über die möglichen Motive Chamberlains geschrieben worden. Er wurde als tragische Persönlichkeit hingestellt, als naiver Pazifist, der wirklich geglaubt hätte, Hitler von der Notwendigkeit des Friedens zu überzeugen. Andere, wie der ehemalige tschechische Gesandte in England, Masaryk, nannten ihn einen „dummen, uninformierten Menschen, in dessen Hand bedauerlicherweise das Schicksal Englands" liege.

Nun, es ist schon ziemlich unwahrscheinlich, daß ein naiver Pazifist oder ein Dummkopf englischer Premierminister wird — es sei denn, er betriebe eine Politik, die den Interessen der wichtigsten Handels- und Finanzkreise zu paß käme.

In der Tat war es so, daß über die Absichten Hitler-Deutschlands keinerlei Zweifel bestehen konnten. Seine Kriegsziele waren klar formuliert. Nach der Annektion Österreichs, Auslöschung der Tschechoslowakei, dann Liquidierung Polens und schließlich — Krieg gegen die Sowjetunion, das Land des Sozialismus. Das lag so klar auf der Hand, daß Winston Churchill in seinen Memoiren schreibt:

„Es war kaum zu glauben, daß die britische Regierung mit allen ihren Geheiminformationen so wenig im Bilde sein sollte." Die wirklichen Motive für die Politik der Regierung Chamberlain lagen ganz woanders. Sie finden sich in elementaren Interessen bestimmter Kreise des englischen Finanzkapitals, die der ehemalige stellvertretende Außenminister der USA, Sumner Welles, so zusammengefaßt hat:

„In diesen Vorkriegsjahren waren die Finanz- und Handelskreise der westlichen Demokratien ... absolut davon überzeugt, daß ein Krieg zwischen Hitler-Deutschland und der Sowjetunion nur ihren eigenen Interessen dienen würde. Sie glaubten, daß Rußland bestimmt besiegt und damit der Kommunismus vernichtet würde. Deutschland aber würde dann so geschwächt sein, daß es auf viele Jahre hinaus die übrige Welt nicht mehr ernsthaft werde bedrohen können."

Auf dem Altar dieser Interessen wurde die Tschechoslowakei geopfert. Aber Hitler konnte sich nicht so ganz sicher sein, ob seine Rechnung in Bezug auf die Tschechoslowakei — nämlich sie zu isolieren und aller Garantien zu entkleiden — Erfolg haben würde. Er bereitete sich deshalb auf zwei mögliche Fälle vor. Einerseits: „Blitzartiges Handeln aufgrund eines Zwischenfalls (z. B. Ermordung des deutschen Gesandten im Anschluß an eine deutschfeindliche Demonstration).(!) Andererseits auf die schrittweise Isolierung der Tschechoslowakei und die Ausnutzung der sudetendeutschen Minderheit. Das war der Kurs, der dann letztendlich auch eingeschlagen wurde. In einer Besprechung zwischen Ribbentrop und dem Führer der faschistischen Sudetendeutschen Partei, Henlein, wurde das Vorgehen so festgelegt:

„Das Ziel der von der Sudetendeutschen Partei mit der tschechoslowakischen Regierung zu führenden Verhandlungen wäre letzten Endes das, durch den Umfang und die schrittweise Präzisierung der zu stellenden Forderungen den Eintritt in die Regierung zu vermeiden." Also ganz klar immer unannehmbarere Forderungen stellen, darauf hinwirken, daß England und Frankreich die Berechtigung dieser Forderungen Zug um Zug anerkennen und schließlich, wenn genügend Vorwände für einen Überfall da sind, zu Taten zu schreiten.

Um die Öffentlichkeit zu täuschen, wurden Hitler, Göring und andere Nazigrößen nicht müde, ihren Friedenswillen zu beteuern, während gleichzeitig schon die politischen und militärischen Überlegungen für die Liquiderung der Tschechoslowakei fertig ausgearbeitet waren. Um nur ein Beispiel für die Heimtücke der Naziführer zu geben: Im März 1938 gab Göring dem tschechischen Gesandten in Berlin sein Ehrenwort — sein Land habe von Deutschland nichts zu befürchten. Gleichzeitig erklärte Hitler in einem Geheimbefehl an die höchsten Offiziere der Wehrmacht: „Es ist mein unabänderlicher Beschluß, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen."

Frankreich und vor allem England waren jedenfalls bereit, Hitler in allen Punkten entgegenzukommen.

Am 18. Juli 1938 schickte Hitler eine persönliche Botschaft an Chamberlain. Ihr Inhalt: Die Tschechoslowakei müsse das Sudetenland an Deutschland abtreten, nur so könne der Frieden erhalten werden. Schon einen Tag später fanden in Paris englisch-französische Geheimverhandlungen über Hitlers Forderungen statt. Ihr Ergebnis: Hitlers Forderungen sollten erfüllt werden.

Dementsprechend forderte die englische Regierung am 22. Juli die Tschechoslowakei auf, entschiedene Maßnahmen zur „Befriedung Europas" zu ergreifen, d.h., die Forderungen Hitlers zu erfüllen. Gleichzeitig wurde Lord Runciman



als Bevollmächtigter Chamberlains nach Prag geschickt, um auf die tschechische Regierung Druck auszuüben. Schließlich erschien am 7. September ein von der englischen Regierung angeregter Artikel in der Londoner „Times", der die Tschechen aufforderte, Deutschland ohne viel Geschrei das Sudetenland abzutreten. Und am 15. September flog Chamberlain nach Berchtesgaden, um sich dort mit Hitler zu treffen. Chamberlain versprach Hitler, die tschechische Regierung von der Notwendigkeit zu „überzeugen", das Sudetenland an Deutschland abzutreten. Beide verabredeten sich, am 19. September erneut zusammenzukommen.

Kaum in London zurück, ließ Chamberlain der tschechischen Regierung eine offizielle ultimative Note zuschicken, in der sie aufgefordert wird, unverzüglich das Sudetenland abzutreten und ihre Antwort bis zum 22. September bekanntzugeben.

In Prag besuchten der englische und französische Gesandte den Präsidenten der Tschechoslowakei, Benesch, und drohten ihm. Sie erklärten: „Wenn aber die Tschechen sich mit den Russen einlassen, kann der Krieg zu einem Kreuzzug gegen die Bolschewiki werden. Dann wird es den Regierungen Englands und Frankreichs sehr schwer fallen, beiseite zu stehen."

Das war eine unverhüllte Kriegsdrohung für den Fall, daß die Tschechoslowakei sich weigern würde, die Forderungen Hitlers anzunehmen und in ihrem Schutz ein Bündnis mit der Sowjetunion einging.

So unter massiven Druck gesetzt und völlig alleingelassen — nur die Sowjetunion hatte erklärt, sie werde der Tschechoslowakei, wenn sie es wünsche, zu Hilfe kommen — kapitulierte die tschechische Regierung schließlich am 21. September und stimmte der Abtretung des Sudetenlandes zu.

Mit der tschechischen Kapitulation in der Tasche flog Chamberlain am 22. September nach Godesberg. Dort erwartete ihn jedoch eine Überraschung. Hitler erklärte ihm: „Ich bedaure sehr, aber jetzt ist uns das nicht mehr genug." Er verlangte, daß nebenbei auch Gebietsansprüche Polens und Ungarns erfüllt werden. („Verbündete auf den Plan rufen — Teilung der Beute!" so hatte Hitler dieses Vorgehen in seiner geheimen Weisung zum „Fall Grün" bereits vorher beschrieben).

Nach einer Bedenkzeit von nur wenigen Tagen nahmen die englische und französische Regierung auch diese Forderung Hitlers an. Chamberlain, Daladier, der französische Ministerpräsident, Mussolini und Hitler konnten sich am 29. und 30. September in München treffen und das Münchner Abkommen, den Vertrag über die Zerstückelung der Tschechoslowakei unterzeichnen.

Nur ein halbes Jahr später — am 15. März 1939 — marschierten deutsche Truppen in die Resttschechei und annektierten sie. Die Tschechoslowakei hatte aufgehört zu exisiteren, Hitler-Deutschland hatte sich erheblich gestärkt, seine Aggressionslust war nicht gedämpft, sondern sogar noch angestachelt worden. Das war das Ergebnis der sogenannten Beschwichtigungspolitik Englands und Frankreichs.

„England", erklärte Churchill damals vor dem britischen Unterhaus, „hatte die Wahl zwischen Krieg und Schande. Seine Minister haben die Schande gewählt, um dann den Krieg zu erhalten."

Und Keitel sagte während der Nürnberger Prozesse auf die Frage, ob Deutschland 1938 die Tschechoslowakei angegriffen hätte: „Sicher nicht. Wir waren militärisch nicht stark genug. Das Ziel in München bestand darin, Rußland aus Europa hinauszuwerfen, Zeit zu gewinnen und die deutschen Rüstungen zu vervollständigen."

Dem ist wohl nichts hinzuzufügen. Es muß darauf hingewiesen werden, daß sich die Haltung der englischen und französischen Regierungen auch nach der Liquidierung der Tschechoslowakei nicht grundlegend änderte.

Das nächste Ziel Hitlers war die Liquidierung Polens. Am 28. April 1939 kündigte Deutschland den Nichtangriffsvertrag mit Polen aus dem Jahr 1934 und stellte Gebietsforderungen (Danzig u. a.). In der Zwischenzeit hatte England Polen, Griechenland und Rumänien Hilfe für den Fall eines deutschen Überfalls angeboten. Dieses Hilfsangebot hing aber ziemlich in der Luft, denn wie Churchill damals richtig bemerkte: „Die britische Regierung hatte sich nun dringend mit den praktischen Konsequenzen der an Polen und Rumänien gegebenen Garantien zu beschäftigen. Diese Zusicherungen besaßen nur im Rahmen einer allgemeinen Vereinbarung mit Rußland irgendwelchen Wert." Eine solche allgemeine Vereinbarung hatte die Sowjetunion England, Frankreich, Polen, Rumänien bereits am 19. März 1939 angeboten „obwohl man sie in der Münchner Krise vor der Tür hatte stehen lassen". (Churchill)

Wiederum zeigte England jedoch kaum ein Interesse daran, zu einer solchen Vereinbarung zu kommen. Chamberlain, der innerhalb von zwei Wochen dreimal zu Hitler geflogen war, um über die Zerstückelung der Tschechoslowakei zu verhandeln, ließ sich jetzt Zeit. Am 16. April erneuerte die Sowjetunion ihr Angebot zur Schaffung einer gemeinsamen Front und zu gegenseitiger Hilfeleistung.

Die englische Antwort folgte erst am 8. Mai 1939. Ihr Inhalt war bezeichnend: Die Sowjetunion sollte sich verpflichten, Frankreich und Großbritannien unverzüglich zu Hilfe zu kommen, wenn sie infolge ihrer Garantieverpflichtungen gegenüber Polen und Rumänien in einen Krieg verwickelt würden. Andererseits legten sich Frankreich und England nicht fest, ob sie im Falle eines Krieges gegen die Sowjetunion dieser helfen würden, das heißt, sie verpflichteten sich zu nichts. Die Sowjetunion lehnte die englischen Verträge natürlich ab, erklärte sich aber trotzdem zu Verhandlungen bereit. Dazu noch einmal Churchill, weil er nun wirklich keiner Sympathien für den Kommunismus verdächtigt werden kann:

„Natürlich wird Rußland keine Verträge eingehen, wenn es nicht als gleichberechtigt behandelt wird", schreibt er. Und: „Die Verhandlungen mit Rußland schleppten sich hin."

Schließlich schickten die Engländer Mitte Juni 1939 eine Verhandlungsdelegation unter Führung William Strangs, eines Beamten des Foreign Office, nach London. Churchill nennt ihn eine „untergeordnete Figur", „geradezu eine Beleidigung" für die Sowjetunion. Außerdem hatte diese Verhandlungsdelegation keinerlei Vollmachten.

Die Sowjetunion war bereit, im Falle eines Krieges gegen Hitler 120 Infantrie-, 16 Kavalleriedivisionen, rund 10000 Panzer und 5000 Bomben- und Jagdflugzeuge mobil zu machen. England dagegen wollte sich auf fünf (!) Infanterie- und eine motorisierte Division beschränken.

Unter diesen Umständen kann man wohl kaum davon ausgehen, daß die englische Regierung zu ernsthaften Verhandlungen bereit war, sondern im Gegenteil immer noch versuchte, mit Deutschland zu einer Verständigung über einen „Kreuzzug gegen den Bolschewismus" zu kommen.

Auch die Weigerung Polens im Kriegsfall russischen Truppen den Durchmarsch durch polnisches Gebiet zu erlauben, konnte kein stichhaltiges Argument gegen einen „Dreibund" zwischen England, Frankreich und der Sowjetunion sein. Polen hätte sich sicher einem solchen Bündnis angeschlossen. Davon war auch Churchill überzeugt, der in seinen Erinnerungen schreibt:

„Es kann selbst im Rückblick kein Zweifel daran bestehen, daß es von Großbritannien und Frankreich richtig gewesen wäre, das russische Angebot anzunehmen...

Das Bündnis von England, Frankreich und Rußland hätte Deutschland im Jahr 1939 mit größter Beunruhigung erfüllt, und niemand vermag zu beweisen, daß sich der Krieg nicht sogar damals noch hätte verhüten lassen."

Angesichts der Haltung Englands und Frankreichs hatte die Sowjetunion tatsächlich keine andere Wahl als auf das Angebot eines Nichtangriffsvertrages mit Deutschland einzugehen.

Was wäre geschehen, wenn sie es nicht getan hätte? Man kann ziemlich sicher sein, daß England und Frankreich in diesem Fall zu einer gemeinsamen Verständigung mit Deutschland gekommen wären — über einen „Kreuzzug gegen den Bolschewismus".

Jeder mag sich selbst ausmalen, was das bedeutet hätte. Eins ist jedenfalls klar — ob wir dann heute den 40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus feiern könnten, wäre immerhin fraglich.

Bleibt noch eine Anmerkung:

Die englischen Garantien haben Polen nichts genützt, als es von den Truppen Hitler-Deutschlands überfallen wurde. England und Frankreich rührten keinen Finger, um Polen zu Hilfe zu kommen. Um abschließend noch einmal Churchill zu zitieren: „Frankreich und England unternahmen nichts, während Polen in wenigen Wochen verwüstet und mit der ganzen Wucht der deutschen Kriegsmaschine unterjocht wurde. Hitler hatte keinen Grund, sich darüber zu beklagen."



(2. Teil und Schluß)

Was ist Titoismus?

Im ersten Teil unseres Artikels über den Titoismus hatten wir dargestellt, was die zentralen Besonderheiten sind, die die politische Strömung des Titoismus im Bereich der Ökonomie, der Organisation der Wirtschaft ausmachen. Im heutigen zweiten Teil handelt es sich darum, die wichtigste politische Besonderheit, die diese Strömung ausmacht, darzustellen: Die Frage, welche Rolle die Kommunistische Partei im Sozialismus einnehmen soll bzw. muß. Auch hierzu hatte es ja in einigen Leserbriefen an den Roten Morgen Kritiken am Artikel in der Nummer 51/52 von 1984 gegeben, die, ohne es näher auszuführen, behaupteten, dort werde zu dieser Frage eine „titoistische Konzeption" vorgebracht.

Die Realität

Auch hier soll, wie bereits bei der ersten Frage (siehe RM 15/85), zunächst einmal die Realität, die wirkliche Lage in Jugoslawien betrachtet werden, im Vergleich zu den theoretischen Ausführungen.

In der Theorie des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BDKJ) ist die Rolle, die diese Organisation — die sich ja bewußt nicht als Partei bezeichnet — klar umrissen. Glaubt man den jugoslawischen Theoretikern, so spielt der BDKJ keine andere Rolle als die, im Meinungsbildungsprozeß innerhalb der FSR Jugoslawien eine progressive Kraft darzustellen.

Dies sei, so Tito und seine politische „Schule", der Weg, auf dem in einer sozialistischen Gesellschaft Bürokratisierung, Parteiallmacht und andere aus den revisionistischen Staaten bekannte Erscheinungen verhindert werden könnten.

Das, so die Theoretiker des BDKJ gar nicht bescheiden, sei nicht nur die Alternative zu den Ländern des RGW, sondern auch zum bürgerlichen Parteienpluralismus, kurz: Die beste Form der Gewährleistung sozialistischer Demokratie.

In den Worten eines solchen titoistischen Autors liest sich diese hier zusammengefaßte These folgendermaßen:

„Die Partei wird träge und denkfaul, wenn sie an die Macht kommt. Man identifiziert sich schnell mit der Macht, und es installiert sich eine Bürokratie. Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens war von Anfang an der geistige Urheber der Selbstverwaltung. Sie ist seine grundlegende Idee und programmatische Plattform. Von ihm wird erwartet, daß er als Faktor der Integration und der Synthese wirke." (1)

Es fällt bei dieser Darstellung — und in ähnlicher Weise in nahezu allen entsprechenden Ausführungen aus Jugoslawien — auf, wie ausgesprochen vage das beschrieben wird, was nun wirklich die Rolle des BDKJ ist. Wäre dies noch verständlich und naheliegend, wenn es sich um eine Vorstellung für den künftigen Aufbau einer Gesellschaft handeln würde (von der man ja nie mehr als die Grundrichtung darstellen kann, weil sich konkrete Ausformungen im Verlauf der Entwicklungen ergeben), so muß man hier ausdrücklich festhalten, daß es diese Verhältnisse in Jugoslawien ja seit über 30 Jahren real gibt.

Der BDKJ war — und dies mag einer der Hauptgründe für diese seltsame Beschreibung sein — tatsächlich niemals „bloßer Mentor" der Entwicklung, gesellschaftspolitischer Nachhilfelehrer oder ähnliches.

Dies bekamen von Anfang an alle zu spüren, die sich gegen diese politische Entwicklung aussprachen. Die Parteiopposition wanderte in die Gefängnisse — oder zumindest vor Gericht — und der Innenminister, den sie den blutigen Rankovic nannten, wußte in den Zehnten seiner terroristischen Praxis sehr wohl Partei und Geheimdienstapparat miteinander zu verschmelzen.



Das titoistische „Parteikonzept", wie es in der Theorie ausgearbeitet wurde, bestand in der Wirklichkeit niemals auf entsprechende Weise und tut dies auch heute nicht.

Die Sachlage ist durchaus ähnlich wie bei den Betrachtungen zur wirtschaftlichen Organisation — ein eindeutiger Widerspruch zwischen Theorie (unabhängig zunächst von ihrer Bewertung) und Wirklichkeit sowie ein Ergebnis, das keineswegs eine Nachahmung nahelegt — von besonderer Demokratie in Jugoslawien zu reden, erscheint angesichts der bekannten Tatsachen (etwa über die nationale Unterdrükkung in Kosova) ausgesprochen zynisch.

Welcher Streit?

Wie in der Frage der Wirtschaft, so ist es auch beim politischen Konzept: die Realität in Jugoslawien verbietet eine ernsthafte Auffassung, die die titoistischen Lehren als Vorbild für die gesellschaftliche Entwicklung in irgendeinem anderen Land zu nehmen.

Und in Wirklichkeit geht die Auseinandersetzung, gehen die Kritiken, die am genannten ZK-Artikel auf der Leserbriefseite des RM auftauchten, ja auch gar nicht ernsthaft gegen eine titoistische Auffassung vor. Nicht umsonst findet sich, außer der Behauptung, dies sei so, kein einziger inhaltlicher Beweis, ja, nicht einmal der Anklang einer Auseinandersetzung. Dies hat sowohl damit zu tun, daß die vom ZK vorgetragenen Auffassungen nichts mit der titoistischen Theorie gemein haben, als auch damit, daß nicht wirklich argumentiert wird, sondern behauptet.

Nirgendwo im Artikel des ZK, in der ganzen Debatte der Partei, wird vom ZK die Meinung vertreten, die Kommunistische Partei müsse keine führende politische Rolle spielen.

Die wahren Differenzen bestehen darin, daß unter dem Begriff „führende Rolle der Partei" ausgesprochen Unterschiedliches verstanden wird.

Eine führende Rolle zu haben — das kann keine Partei ernsthaft für sich „einklagen", die muß sie erringen. Das sollte vielleicht mit dazu dienen, allzu hitzige Debatten darüber zu relativieren — angesichts der heutigen Einflußmöglichkeiten revolutionärer Politik.

Es erscheint absurd, von dieser heutigen Lage aus auf irgendeinen großen Knall zu hoffen, der die Kommunisten zumindest theoretisch in die Lage versetzen würde, etwa darüber zu entscheiden, welche anderen linken Kräfte tätig werden dürfen oder welche nicht.

Aber von alledem einmal abgesehen, die Frage so gestellt: Welche Rolle soll die Kommunistische Partei im Sozialismus, nach einer sozialistischen Revolution (deren Zustandekommen nun ja in der Tat einen wesentlich größeren Einfluß der revolutionären Kräfte, der Kommunisten, voraussetzt, als es heute der Fall ist) spielen?

Offensichtlich gibt es dabei zweierlei Auffassungen. Aus den Thesen und dem Artikel des ZK der KPD läßt sich folgende Auffassung herauslesen: Die Kommunistische Partei, als Partei der Arbeiterklasse, muß bestrebt sein, diese Klasse für die weitere Revolutionierung der Gesellschaft, hin zum Kommunismus, zu mobilisieren. Ohne führende Rolle in dem Sinn, daß sie den hauptsächlichen politischen Einfluß erringt, wird dies nicht möglich sein. Die Arbeiterklasse als die herrschende Klasse im Sozialismus und die kommunstische Partei als Teil dieser Klasse — in dieser Konstellation steht die Frage der „Rolle der Partei" zu beantworten.

Anders bei verschiedenen Kritikern der Thesen des ZK. In deren Ausführungen ist „führende Rolle der Partei" gleichbedeutend zu verstehen mit Allmacht der Partei. In diesen Auffassungen ist die kommunistische Partei nicht nur das zentrale Verfassungsorgan, sondern auch alleinige Staatspartei. Die Arbeiterklase verwirklicht dieser Theorie zufolge ihre Herrschaft eben durch die Partei und kann es auch nicht anders.

Sicher: Dazu gibt es, bei genauerer Betrachtung der Geschichte verschiedener Länder einiges zu sagen über unterschiedliche Voraussetzungen, etwa, was den Grad der Verschmelzung zwischen Partei und Klasse betrifft. Dies soll hier ebenso nicht betrachtet werden, wie vorne die heutigen Ausgangsbedingungen.

Keine Erfahrungen?

Es gibt aber politische Erfahrungen, über die nicht hinweggegangen werden kann. Gemeint ist die Entwicklung in jenen Staaten, in denen einst der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft in Angriff genommen wurde und die, als ihre allein herrschenden Parteien einen fundamentalen Kurswechsel vollzogen (und dies, versteht sich, als Ergebnis von Prozessen, die vorher stattgefunden hatten) in eine rückschrittliche Entwicklung gepreßt wurden, in denen Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse heute wieder an der Tagesordnung sind, die pseudosozialistischen Staaten des RGW.

Gemeingut aller revolutionären Kritik an dieser Entwicklung war bisher und ist es (wohl mit Ausnahme einiger allzu kühner Kritiker) noch, daß diese Entwicklung von Veränderungen in der kommunistischen Partei ausgingen. Was logisch geschlußfolgert heißt, daß wenn die Partei eine solche Rolle einnimmt, es nur noch darauf ankommt, welche Richtung die entsprechende Parteiführung einschlägt.

Alle Bestrebungen, eine solche Entwicklung zu verhindern, hatten deshalb auch stets als zentralen Punkt die Bemühung, den Einfluß der Massen zu erhöhen. Wie man sie im einzelnen auch immer bewerten mag: Von diesem Gedankengang sind sowohl die Thesen über die Notwendigkeit einer (oder, als Hilfskonstruktion, da sie offensichtlich nicht reichte: vieler) Kulturrevolution, wie einst in der VR China, als auch die Thesen von der Fortführung des Klassenkampfes etwa gegen Bürokratismus, als auch von der Einführung von Arbeiterklassenkontrolle usw. geprägt.

Davon geprägt sind auch die ebenso beschwörenden wie inhaltslosen Aussagen, daß die Partei „nie die Farbe wechseln darf" oder die geniale Erkenntnis, daß die Partei ein Fisch sei, „der am Kopf zu stinken anfängt" — Schlagworte, die als Ersatz für politische Schlußfolgerungen geäußert werden, als Ersatz für marxistische Kritik.

Umso unverständlicher und abenteuerlicher sind solche Formeln dann, wenn man betrachtet, daß es sich bei der BRD, im Unterschied zu den allermeisten Ländern, die einst sozialistische Wege beschritten, um ein hochentwickeltes imperialistisches Land handelt, mit einer Arbeiterklasse, die sich in Zusammensetzung und Erfahrung deutlich von den betreffenden Ländern abhebt. Um so unverständlicher und unmarxistischer sind verschiedene Schema F-Kritiken dann, wenn man hinzunimmt, daß die ursprünglichen programmatischen Aussagen etwa der bolschewistischen Partei genau diese Herrschaft der Arbeiterklasse selbst anstrebten und es historische Umstände waren, die zu einem anderen Weg zwangen.

Abschließend sei noch hinzugefügt, daß sich die Anhänger der Allmacht der Partei auch noch auf anderem Gebiet als der der grundsätzlichen Herangehensweise in die Nähe der revisionistischen Parteien begeben. (Und da nutzt auch die stets gebrauchte Verteidigungswendung, es gehe ja aber um ganz andere Inhalte, wenig. Tatsache bleibt, daß fast alle Parteien eine solch negative Entwicklung vollzogen.)

Es handelt sich um solch praktische Fragen wie etwa das — im Zusammenhang mit Polen — auch in unserer Partei sehr ausführlich diskutierte Streikrecht im Sozialismus. Wenn es die Partei ist, die die Richtlinien für den Wirtschaftsplan vorgibt und auch als Staatspartei ihnen dann Gesetzeskraft gibt, so richtet sich jeder Streik, der aus wirtschaftlichen Gründen entsteht, immer auch gegen die Partei — so war es nicht nur den Revisionisten in Polen ergangen, sondern auch der SED 1953. Fragen dieser Wichtigkeit gibt es ebenfalls im Zuge dieser Auseinandersetzung noch eine ganze Anzahl. Wären diejenigen, die die Thesen des ZK so lautstark kritisieren, konsequent, so müßten sie wenigstens so ehrlich sein und ihren Formeln jene hinzufügen, daß es für ein Streikrecht im Sozialismus keinen Grund gibt (und ein einzelner Bürokrat kann es auch wahrlich nicht sein) und andere, sattsam bekannte mehr. Solche politischen Ausführungen fehlen in verschiedenen Kritiken.

Was deutlich gemacht werden soll: Titoistisch sind die Thesen des ZK ausdrücklich und bewußt **nicht — ein Vergleich mit dem Inhalt** titoistischer Thesen läßt diese Schlußfolgerung sofort zu.

Was weiter deutlich gemacht werden soll: Mit dem Ausgraben eines solchen nicht näher ausgeführten Schlagwortes soll offensichtlich eine wirklich inhaltliche Debatte um Perspektiven des Sozialismus vermieden werden, die Mühe politischer Ausführungen umgangen.

Der Titoismus jedenfalls ist eine politische Strömung, die nicht umsonst weitgehend jegliche Attraktivität auf die sozialistischen Kräfte, die er einmal besessen haben mag, verloren hat — die jugoslawische Entwicklung ist seine faktische Bankrotterklärung und für potentielle Anhänger einer solchen besonderen Strömung ein abschreckendes Beispiel

1. M. Drulovic „Arbeiterselbstverwaltung auf dem Prüfstand", Dietz Verlag 1976, S. 153

Spekulationen und Hetze nach dem Tode Enver Hoxhas — nicht nur in der bürgerlichen Presse

In den Schubladen gekramt . . .

. . . wurde bei der Berichterstattung über den Tod des Genossen Enver Hoxha. Die bürgerliche Presse, Radio und Fernsehen wiederholten in der Regel stereotyp die Darstellungen über Albanien, wie sie seit Jahren üblich sind und verbanden sie mit, ebenfalls keineswegs neuen Spekulationen über einen künftigen Kurswechsel.

Zwei Behauptungen waren es vor allen Dingen immer wieder, die da verbreitet wurden, ohne nähere Beweise. Zum einen die alte Leier vom isolierten Albanien, was sich stets nur beziehen kann auf nicht vorhandene diplomatische Beziehungen zu Staaten wie der USA und UdSSR, Großbritannien und der Bundesrepublik zum einen, zum anderen auf die Nichtmitgliedschaft in irgendwelchen militärischen und politischen Pakten. Daß beides Albanien nicht zum Schaden gereicht hat, klang allenfalls mal am Rande an. Daß insbesondere die Nichtmitgliedschaft in militärischen Pakten und solch auch so verbindenden Körperschaften wie etwa dem Internationalen Währungsfonds (als Beispiel) nicht nur Albanien sehr viel genutzt hat, sondern auch vielen anderen Staaten dieser Welt sehr viel nützen könnte, das wurde sattsam verschwiegen.

Den Spekulationen über die Zuwendung Albaniens zu dem einen oder anderen der beiden Blöcke gab der Tod Enver Hoxhas zwar sicher Auftrieb aber keinen wirklichen Anlaß — daß die SVR Albanien sich seit langem dafür einsetzt, auf korrekten Grundlagen ihre diplomatischen Beziehungen auszudehnen, ist nun wahrlich kein Geheimnis und schon gar kein „Linienschwenk".



Während also in den bürgerlichen Medien nichts Neues zu vernehmen war — außer der Tatsache einer erstaunlich breiten Berichterstattung — bleibt zur Berichterstattung in den linken Zeitungen festzuhalten, daß sie es im wesentlichen vorzogen, ihre jeweiligen Steckenpferde zu reiten als die Dinge sachlich darzustellen.

Am meisten dabei hervor tat sich die „taz". Damit soll nicht auf die üblichen und in vielen Fällen gerechtfertigten Spötteleien über die Entwicklungen der marxistisch-leninistischen Bewegung in der BRD in den 70er Jahren gezielt sein, auch wenn sie bei manchen Autoren keineswegs Selbstzweck sind, sondern — aufgrund ihrer erstaunlichen Informiertheit naheliegend — eher eine besondere, und keineswegs fortschrittliche, Form der Aufarbeitung persönlicher Erfahrungen darstellen.

Nein: Gezielt werden soll auf die Art der Darstellung, die sich selten — wenn auch öfters in letzter Zeit — bei einem Thema so nahtlos in den Chor der bürgerlichen Presse eingereiht hat. Da wird einfach eben mal der Polizeistaat Albanien ebenso beschworen wie die „politische Insel" und was dergleichen Vorwürfe mehr sind.

Eine Überschrift wie „2,8 Millionen Albaner ohne Steuermann" drückt den Tenor der weitesten Teile dieser Berichterstattung aus. Dabei geht es nicht wirklich um diese oder jene Kritik an Personenkult oder sonstigem, und schon gar nicht darum, von der linken Presse nun eine Jubelberichterstattung zu verlangen und den Verzicht auf Kritik. Es geht einfach darum, daß bei der Betrachtung Albaniens keine anderen Maßstäbe anzulegen sind, als bei der Betrachtung anderer Staaten. Wer vor einiger Zeit beispielsweise die durchaus positive Berichterstattung in der „taz" über Bourkina-Fasso gelesen hatte, der hätte erwarten können, daß mit derselben Methode auch an Albanien herangegangen wird (und da hätte die SVRA im Vergleich zu manchem hochgelobten Land sowohl was sie Politik der Unabhängigkeit als auch der sozialen Verbesserungen betrifft sicherlich gut abgeschnitten). Ein entsprechendes Echo gab es auch in einigen Leserbriefen an die „taz".

Die letzte Variante der Berichterstattung über Albanien lieferte dann wieder einmal die unsägliche „Rote Fahne" der MLPD. Für sie ist alles klar: Enver Hoxha war ein Revisionist. Und warum? Weil er sich gegen Mao Tse-tung ausgesprochen hat. Über den Inhalt vermeidet es die „Rote Fahne" wieder einmal zu schreiben. Kann doch wohl auch sie mit all ihren Kapriolen nicht vergessen machen, daß die berüchtigte Drei-Welten-Theorie lange vor 1976 ausgearbeitet worden war. Was nur für die MLPD noch nie Gegenstand von Überlegung gewesen ist . . .

Kurz vorgestellt:

Ramiz Alia

Im folgenden veröffentlichen wir eine Zusammenfassung der Meldung der albanischen Nachrichtenagentur ATA über den Lebenslauf des neu gewählten 1. Sekretärs der Partei der Arbeit Albaniens, Genossen Ramiz Alia.

Ramiz Alia wurde 1925 als Sohn einer armen Familie in Shkodra geboren. Schon in seiner Schulzeit nahm er am antifaschistischen Kampf teil und war Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes seit dessen Gründung. 1943 wurde er Mitglied der KPA (heute PAA]. Mit 19 Jahren war er politischer und militärischer Leiter der siebten Stoßbrigade der Partisaneneinheiten, dann politischer Kommissar der 5. Division der Nationalen Befreiungsarmee. Auch auf jugoslawischem Boden kämpfte er gegen den Faschismus. Im August 1944, auf dem 1. Kongreß der Antifaschistischen Jugend Albaniens wurde er in deren Zentralkomitee gewählt, später, im November 1948 wurde er zum 1. Sekretär des Verbandes der Arbeiterjugend Albaniens gewählt.

Seit dem 1. Parteitag der PAA im November 1948 war er gewähltes Mitglied des ZK der PAA. Auf dem 3. Parteitag 1956 wurde er zum Kandidaten des Politbüros gewählt, seit dem 4. Parteitag im Februar 1961 war er Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PAA.

Genosse Ramiz Alia, enger Mitkämpfer und Mitarbeiter des Genossen Enver Hoxha, ist ein herausragende politische und soziale Persönlichkeit und ein Staatsmann. Seit der zweiten Legislaturperiode ist er Abgeordneter der Volksversammlung, war Minister für Kultur und Erziehung, ist stellvertretender Vorsitzender der Demokratischen Front Albaniens und wurde in der 10. Legislaturperiode zum Vorsitzenden des Präsidiums der Volksversammlung gewählt.

Genosse Ramiz Alia
1. Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens
Tirana
Sozialistische Volksrepublik Albanien

Glückwunschtelegramm

Lieber Genosse Ramiz Alia!
Im Namen des Zentralkomitees der KPD, der Mitglieder und Freunde unserer Partei beglückwünsche ich Sie zu Ihrer Wahl zum 1. Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens. Für die Erfüllung Ihrer großen und schweren Aufgabe wünschen wir Ihnen alles Gute. Wir sind überzeugt, daß die Partei der Arbeit Albaniens mit Ihnen an der Spitze nach dem schweren Verlust, den die albanischen Kommunisten und das albanische Volk mit dem Tod des Genossen Enver Hoxha erlitten haben, die Arbeiter und Werktätigen Albaniens weiterhin siegreich den Weg des sozialistischen Aufbaus führen wird.
Mit kommunistischem Gruß
Horst-Dieter Koch
Vorsitzender der KPD

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

HAMBURG

Zentrale Aktionskonferenz-Tage der Arbeitslosenbewegung
In Arbeitsgruppen und Diskussionen werden drei Hauptthemen behandelt „Zukunft der Arbeit", „Existenzielle Absicherung von Erwerbslosen" und „Perspektiven der Arbeitslosenbewegung" Alle arbeitslosen Genossen und Leser sind aufgerufen, sich daran zu beteiligen.
Achtung: Termin geändert!
Freitag, 17. Mai, ab 12 Uhr
(Kundgebung am Jungfernsteg,
Marsch zum Tagungsort — HWP) bis Sonntag, 19. Mai, 14.00 Uhr
Kontaktadresse: AG ZAKT c/o Susan Naumann
Wartenau 9 2 Hamburg 76

DÜSSELDORF

Arbeitstagung: „Ausländerpolitik in NRW — kein Wahlkampfthema?" Trägerkreis: Frankfurter Appell NRW-Koordination, VIA, Düsseldorfer Unterstützerkreis des Marsches gegen Rassismus, LV NRW der Grünen. Sonntag, 28. April, ab 10.00 Uhr (neun verschiedene Arbeitsgruppen)
Realschule in der Lohe, Schwannstraße, Düsseldorf-Derendorf

BREMEN

Veranstaltung der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft
„Nach dem Tod von Enver Hoxha — ein Rückblick"
Bürgerhaus Weserterrassen
Freitag, 3. Mai, 19.30 Uhr

WESTBERLIN

Stammtisch der KPD
„Der 8. Mai"
Freitag, 3. Mai, 18.30 Uhr
Parteibüro der KPD, Mainzer Straße 18

DUISBURG

Veranstaltung mit der Delegation der Juventud Sandinista (mit Film „La revoluta")
Ratskeller Hamborn
Sonntag, 28. April, 19.00 Uhr

DORTMUND

Zentraler Arbeitslosentreff der KPD
Samstag, 1. Juni, 11.00 Uhr
Parteibüro Hörde

DORTMUND

Wahlveranstaltung der KPD
Programm: Kandidaten sprechen; Kabarett „Zeitzünder", Südafrikanische Musikgruppe, Gastbeitrag des PAC, usw.
Freitag, 10. Mai, 19.30 Uhr
Gaststätte „Zeppelin", Am Nordmarkt

ZUM WELTWIRTSCHAFTSGIPFEL

WESTBERLIN

Veranstaltung der KPD zum Weltwirtschaftsgipfel
Dienstag, 30. April, 19.00 Uhr
Parteibüro der KPD, Mainzer Straße 18

HEILBRONN

Am 3. Mai, 20.00 Uhr
Wilhelm-Waiblinger-Haus, Schützenstraße 6
BWK, KPD, Volksfront

HEIDELBERG

Am 29. April, 20.00 Uhr
In den Räumen der KSG, Neckarstadt
BWK, KPD, Lateinamerikakomitee







Vom 1. Mai bis zum 17. Juni finden in Recklinghausen wieder die Ruhrfestspiele statt. Nachdem die Querelen Anfang der 80er Jahre offensichtlich etwas beigelegt sind, sind die Ruhrfestspiele wieder auf dem besten Weg als letztes großes gewerkschaftliches Kulturereignis einen guten Kontrast zum bürgerlichen Kulturbetrieb zu sein, sich wieder stärker an den Interessen der arbeitenden Menschen zu orientieren und sich ein wenig vom Gängelband der rechten Gewerkschaftsvertreter im Entscheidungsgremium der Spiele zu lösen.

Wir können hier nur einen kurzen Überblick über die Aktivitäten der sieben Wochen geben, die genauen Informationen, Spielpläne, Daten und Aufführungsorte können bei gewerkschaftlichen Organisationen angefordert werden. Bei deren bekannter Schwerfälligkeit ist es vielleicht effektiver, sich die Informationen direkt zu besorgen. Zuständig für Informationen und Karten(vor)verkauf ist die **Kartenstelle der Ruhrfestspiele, Otto-Burrmeister-Allee 1, 4350 Recklinghausen, Tel.: (02361) 25300 oder 25350, oder 25025.**

Womit beginnen, bei der Vorstellung des reichhaltigen Programms? Fangen wir an mit den Produktionen des Ensembles der Ruhrfestspiele, die zum Teil schon länger mit großem Erfolg laufen und die sich jeder Interessierte wirklich anschauen sollte. Da sind zu nennen: **Der Silbersee.** Ein Wintermärchen von Georg Kaiser und Kurt Weill, die Bühnenfassung von Gerd Fuchs' gutem Roman **Ein Mann fürs Leben,** der Chanson-Abend **Rette Mich wer kann,** das Stück **Wer bezahlt die Zeche** von Gerd Ruge und nicht zuletzt der Revierschwank **5 Blaue und ein Mann im Schrank,** der wohl ein Renner des Ensembles werden wird.

Während der Festspiele gibt es eine ganze Reihe von Sonderveranstaltungen. So das Filmfestival **„Leinwandfrei“**, die **„Woche des Sports“** die Woche der Wissenschaft, die in diesem Jahr unter dem Motto **Technotopia Neue Menschen für neue Technologien?** stehen wird.

Im „Depot“, einer neueren Spielstätte der Festspiele, hat die „Klein“-kunst ihr Domizil. Hier gibt's das Musical von Georg Kreisler **Lola Blau,** hier gibt's die **Nacht der Poetinnen** und Literatur life unter anderem mit Werner Schneyder, Erich Fried, René Schweizer, Helmut Ruge. Hier spielen, singen und musizieren auch Bergleute.

Der Westdeutsche Rundfunk beteiligt sich mit zwei neuen Produktionen an den Ruhrfestspielen. Mit Spannung erwartet dabei, die konzertante Aufführung der Oper von Kurt Weill und Bertolt Brecht **Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny.** Die zweite WDR-Produktion ist die **Gaze-Revue: Nach der Stunde Null,** eine Kabarett-Produktion.

Große Gastspiele sind immer wieder Rosinen im Ruhrfestspielprogramm. In diesem Jahr sind dabei: das ungarische **Ballett Györ** mit **Die Geliebten der Sonne, Samurai und Bolero.** Die Bühnen der Stadt Köln kommen mit **Das alte Land** von Klaus Pohl, das Nationaltheater Mannheim zuletzt mit dem **Bokkerer** so erfolgreich, gastiert mit **Jeder stirbt für sich allein,** nach Hans Fallada von Peter Zadek und Gottfried Greiffenhagen. Aus der DDR kommen Gisela May und Alfred Müller mit dem Programm **Der Mensch hat zwei Beine** und das Leipziger Theater mit Goethes **Faust I und II.**

Die neue Festspielinszenierung verspricht viel. Nach der letztjährigen mutigen Einstudierung von Brechts **Tage der Kommune** stellt das Ensemble in diesem Jahr das Schauspiel von Ernst Toller **Die Maschinenstürmer** vor.

Dies historische Stück besitzt brennende Aktualität. *„Sollen wir darangehen, neue Technologien zu erobern, versuchen wir sie in die eigenen Hände zu bekommen, oder sollen wir gegen die Technologien selber arbeiten?“* So stellt sich für den Ruhrfestspieldramaturgen Jürgen Fischer und den Regisseur Wolfgang Lichtenstein der aktuelle Inhalt des Stückes dar. In einem Interview mit der Recklinghäuser alternativen Zeitung „Holzwurm“ sagten sie über die neue Festspielinszenierung auf die Frage, ob sie sich in ein erkennbar werdendes neues politisches Konzept der Ruhrfestspiele einreihe: *„Nach der* ***„Commune“*** *nun die* ***„Maschinenstürmer“*** *hier ist schon ein Konzept erkennbar. Die* ***„Commune“*** *hat einen Schnittpunkt in der Bewegung gesellschaftlicher Kämpfe beschrieben. Sie war der erste Versuch der Arbeiter, einen eigenen Staat aufzubauen, die politische Macht zu übernehmen. Mit den* ***„Maschinenstürmern“*** *wird jetzt ein zweiter Schnittpunkt beschrieben, der der beginnenden Industrialisierung mit ihren Folgen. Wir sind der Meinung, daß die Ruhrfestspiele „Arbeiterfestspiele“ sein sollen. Und deshalb zeigen wir in erster Linie Stücke, die Fragen der Arbeiterbewegung behandeln.*

Die nächste Frage des „Holzwurms“ lautete: *Tollers Stück behandelt als Hauptthema die Auseinandersetzung der Arbeiter mit der Maschine. Ganz konkret gefragt: Ist die Frage des* ***„Maschinensturms“*** *im heutigen politischen Bewußtsein des Arbeiters noch existent?*

Die Antwort des Dramaturgen: *„Sie ist zwar in der Form, daß eine Arbeiterversammlung nun die Frage diskutiert „Stürmen wir die Maschine oder nicht?“ nicht mehr existent. Aber schon im Fragenkomplex „Wie steht man eigentlich den neuen Technologien gegenüber?“, „Will man Einfluß auf die Entwicklung nehmen oder lehnt man sie einfach ab?“ oder „Hofft man, dabei gut zu fahren, also Rationalisierungsgewinnler zu sein?“ oder gar „Ist das nicht ein Problem, bei dem jeder selbst aktiv werden muß?“. Das sind schon Fragen, die die Arbeiter beschäftigen.“*

Mit diesem kurzen Auszug aus dem „Holzwurm“-Interview haben wir hoffentlich einiges Interesse an der Produktion **Die Maschinenstürmer** geweckt. Es lohnt sich also, die Ruhrfestspiele zu besuchen. Neben den hier aufgeführten Programmpunkten gibt es noch ungarische und israelische Kulturtage, die Kunstausstellung **Dinge des Menschen** und nicht zuletzt das große, schon traditionelle Kulturvolksfest am 1. Mai im Festspielhaus und auf dem angrenzenden großen Freigelände.

Parteibüros der KPD
und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.
Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstraß 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstra. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Fr 18 -

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109 a, Tel.: (0231) 20931.

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel: (0203) 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 **Hamburg** 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

3000 **Hannover** 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen: Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 **Heilbronn,** Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel** 1, Kontaktadresse: Karola Firzlaff, Jungmannstr. 68 a.

5090 **Leverkusen** 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382.

7000 **Stuttgard** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo = Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

KPD Saar: 6685 Schiffweiler, Kontaktadresse: E. Bittner, Hauptstraße 43.

Sektion Westberlin: 1000 **Berlin** 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: (030) 6228474.